ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Schreer, Benjamin

Research Report

Australiens Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Zwischen regionaler und globaler Sicherheit

SWP-Studie, No. S 32/2006

Provided in Cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Schreer, Benjamin (2006) : Australiens Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Zwischen regionaler und globaler Sicherheit, SWP-Studie, No. S 32/2006, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/252618

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

SWP-Studie
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Benjamin Schreer

Australiens Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Zwischen regionaler und globaler Sicherheit

S 32
November 2006
Berlin

Alle Rechte vorbehalten.
Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Wissenschaft und Politik ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2006

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6372

Inhalt

5 **Problemstellung und Empfehlungen**

7 **Der außen- und sicherheitspolitische Kontext**
7 Sicherheitspolitisches Spannungsfeld
8 Neue Herausforderungen
9 Außen- und sicherheitspolitische Neubestimmung

10 **Die Sicherheitsbeziehungen mit den USA**
10 Konzeptionelle Anpassungen
10 Militäreinsatz in Afghanistan
11 Beteiligung am Irakkrieg
12 Ballistische Raketenabwehr und Proliferation Security Initiative (PSI)
13 Verbesserung der Interoperabilität
13 Testfall China

15 **Regionale Sicherheit**
15 Intervention im Südpazifik
15 *Regional Assistance Mission to the Solomon Islands (RAMSI) 2003*
17 Südostasien
17 *Bilateralismus versus Multilateralismus*
17 *Indonesien*
18 *Intervention in Osttimor*
19 *Five Powers Defence Arrangements (FDPA)*
19 *Singapur und die Philippinen*
20 Nordostasien: Trilaterale Achse Canberra–Washington–Tokio?

22 **Die Transformation der australischen Streitkräfte**
22 Neue Rolle für das Heer
23 Ausbau maritimer Machtprojektion
24 Strategische Fähigkeiten für die Luftwaffe
25 Finanzierung offen
26 Personalprobleme

27 **Australien als strategischer Partner Europas?**
27 Divergenzen und Konvergenzen
28 Australien und die NATO
28 Pragmatische Kooperation

30 **Abkürzungen**

Australiens Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Zwischen regionaler und globaler Sicherheit

Wie das neue *Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr* treffend feststellt, rücken angesichts der auch in diesem Bereich zunehmenden Globalisierung Regionen ins Blickfeld deutscher Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die bisher unter sicherheitspolitischen Aspekten weniger Beachtung fanden. Im Weißbuch explizit genannt wird die asiatisch-pazifische Großregion, zu deren Schlüsselstaaten – unter anderem Australien – die Beziehungen intensiviert werden sollen. Auch in der NATO wird der Aufbau neuer globaler Partnerschaften debattiert, hier wird Australien als ein Hauptkandidat für eine stärker institutionalisierte Zusammenarbeit mit der Allianz gehandelt.

Diese Überlegungen kommen nicht von ungefähr. Die liberale Demokratie Australien orientiert sich sicherheitspolitisch traditionell am Westen und dem amerikanischen Bündnispartner und kann daher als Baustein zu einer neuen Allianz westlich geprägter Demokratien beitragen, die die neuen globalen Risiken und Gefährdungen gemeinsam angeht. Bereits heute operieren australische Streitkräfte im Rahmen der International Security Assistance Force (ISAF) der NATO in Afghanistan und sind an Militäreinsätzen im Irak, in Osttimor und auf den Salomonen beteiligt. Zudem hat die australische Regierung ein äußerst ambitioniertes Programm zur Transformation der Streitkräfte aufgelegt, um deren regionale und globale Interventionsfähigkeit zu verbessern. Vieles spricht außerdem dafür, dass Australien in Asien-Pazifik eine aktivere sicherheits- und verteidigungspolitische Rolle anstrebt. Dies gilt insbesondere für den Südwestpazifik und für Südostasien, wo auch deutsche Wirtschaftsinteressen berührt sind. Die Stabilität und die Sicherheit der Schifffahrtswege in Südostasien sind daher hierzulande durchaus von Bedeutung.

Welches sind die Eckpfeiler der neuen australischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik? Inwieweit ist eine aktivere regionale und globale Rolle Canberras tatsächlich zu erwarten? Und welche Möglichkeiten und Grenzen ergeben sich daraus für eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit Deutschlands mit Australien?

Mit Blick auf diese Fragen analysiert die Studie zunächst das außen- und sicherheitspolitische Selbst-

verständnis Australiens vor dem Hintergrund der neuen externen Gefährdungen und Risiken. Der zweite Abschnitt befasst sich mit den amerikanisch-australischen Sicherheitsbeziehungen, der dritte Teil beleuchtet die Entwicklungen im Bereich der regionalen Sicherheitspolitik. Viertens wird der Frage nachgegangen, inwieweit die Transformation der Streitkräfte wirklich regional und global zu einer verbesserten militärischen Handlungsfähigkeit führt, um abschließend die Möglichkeiten und Grenzen einer deutschen/europäischen Sicherheitspartnerschaft mit Australien auszuloten.

Die Studie kommt zu folgenden Schlussfolgerungen und Empfehlungen:

- Wie der amerikanische Bündnispartner hat Australien den Kampf gegen den internationalen Terrorismus ins Zentrum seiner neuen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gestellt. Die Howard-Regierung teilt nicht nur die zentralen strategischen Prämissen der US-Regierung unter George W. Bush, sondern ist auch bereit, zu diesem Zweck regional wie global vermehrt Streitkräfte einzusetzen. Der umfassendste Umbau der australischen Streitkräfte seit den 1960er Jahren wird ihre Interventionsfähigkeit in den kommenden Jahren deutlich verbessern.
- Australien möchte seine ordnungspolitische Rolle im Südpazifik und in Südostasien ausbauen. Die vielfach vorgebrachte These, Canberra entwickle sich damit zum »Hilfssheriff« der USA in Südostasien, verstellt den Blick auf die strukturellen Veränderungen in der regionalen Sicherheitsarchitektur: Denn des trotz anhaltenden Misstrauens zwischen den Staaten Südostasiens haben die neuen, nichtstaatlichen Bedrohungen die verteidigungspolitische Kooperationsbereitschaft in der Region erhöht. In Südostasien wird Australien künftig durch ein enger geknüpftes Netz von vorwiegend bilateralen Verteidigungsbeziehungen an Einfluss gewinnen; im Südpazifik geht es eher um die Festigung seiner bereits bestehenden ordnungspolitischen Vormachtstellung.
- Im Zuge sicherheitspolitischer Globalisierung kann Australien für Deutschland ein interessanter neuer Partner werden. Als liberale Demokratie westlicher Prägung verfügt das Land über ein ähnliches Wertesystem und teilt darüber hinaus die deutsche und europäische Bedrohungsperzeption. Dank des aktiveren sicherheitspolitischen Kurses, den die Howard-Regierung seit dem 11. September 2001 regional wie global eingeschlagen hat, operieren deutsche und australische Streitkräfte bereits gemeinsam in Afghanistan; außerdem nimmt Canberra nun eine wichtigere Rolle in einer auch für Deutschland sicherheitspolitisch bedeutsameren Region ein.
- Die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik sollte Australien daher als einen der künftigen demokratischen Schlüsselpartner in Asien-Pazifik begreifen. Folglich ist Deutschland gut beraten, sich im Rahmen der globalen Partnerschaften der NATO aktiv um eine engere Bindung Australiens an die Allianz zu bemühen. Gleichzeitig gilt es, die Grenzen einer australisch-deutschen Sicherheitspartnerschaft im Auge zu behalten: Dreh- und Angelpunkt australischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik bleibt der amerikanische Bündnispartner, und auch hinsichtlich konzeptioneller Ansätze sind Konflikte möglich. Versteht man die Globalisierung westlicher Sicherheitspolitik jedoch als einen langsamen, aber unausweichlichen Evolutionsprozess, spricht vieles für eine engere sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit zwischen Europa und Australien.

Der außen- und sicherheitspolitische Kontext

Australische Regierungen und weite Teile der Eliten und der Gesellschaft halten sich traditionell für eine »europäische Exklave« in Asien-Pazifik, die sich mit der – von vielen Australiern als kulturell andersartig und mit Misstrauen betrachteten – asiatischen Nachbarschaft arrangieren muss.[1] Australische Entscheidungsträger haben aus dieser Konstellation das außenpolitische Selbstverständnis abgeleitet, eine »besondere Mittelmacht« zu sein.[2]

In der Tat kann Australien als Mittelmacht gelten.[3] Auf dem kleinsten Kontinent der Erde mit einer Gesamtfläche von circa 7,7 Millionen Quadratkilometern leben nur ungefähr 20,4 Millionen Menschen. Gleichwohl ist das Land hinter den regionalen Großmächten USA, Japan und China (zusammen mit Südkorea) die viertgrößte Wirtschaftskraft in Asien und steht bei den Verteidigungsausgaben an fünfter Stelle.[4] Mit 52 900 Mann (plus 20 800 Reservisten) sind die australischen Streitkräfte (Australian Defence Force, ADF) zwar zahlenmäßig klein, aufgrund ihrer engen Kooperation mit den USA militärtechnisch jedoch hochmodern ausgestattet. Australien verfügt daher zumindest im Vergleich mit den Staaten Südostasiens und des Südpazifiks über ein erhebliches militärisches Potential.

»Besonders« ist die Mittelmacht dadurch, dass sie anders als etwa Europa nicht in ein komfortables Sicherheitsumfeld eingebunden ist. Sie verfolgt daher nicht in erster Linie eine normativ geprägte Außen- und Sicherheitspolitik, die sich beispielsweise in einer starken Verpflichtung gegenüber multilateralen Institutionen ausdrücken könnte. Vielmehr agiert sie auf diesem Feld ausgesprochen realpolitisch und auffallend agil. Dieser Aktivismus, wie Außenminister Alexander Downer es nennt, gilt auf regionaler wie auf globaler Ebene.[5] Folglich wird in den Grundlagendokumenten zur Außenpolitik explizit der Anspruch formuliert, die eigenen Sicherheitsinteressen weltweit zu verfolgen.[6] Multilateralen Institutionen wie den Vereinten Nationen steht die Howard-Regierung dagegen skeptisch gegenüber. Sie setzt eher auf bilaterale Beziehungen.[7]

Sicherheitspolitisches Spannungsfeld

Wegen dieser Ausgangslage bewegt sich die Sicherheits- und Verteidigungspolitik Canberras stets im Spannungsfeld zwischen Westbindung und Integration in die asiatische Sicherheitsgemeinschaft. Die eigene Sicherheit gilt seit jeher als untrennbar mit den dominanten (angelsächsischen) Mächten in der internationalen Ordnung verbunden. Mit der Gründung des Commonwealth of Australia als selbstverwalteter Kolonie des Britischen Königreichs 1901 begab sich Australien zunächst unter den Schutz der Pax Britannica. Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahmen die USA diese Schutzmachtfunktion. Seit dem 1952 in Kraft getretenen »Security Treaty between Australia,

1 Vgl. Paul Dibb, *U.S.-Australian Alliance Relations: An Australian View*, Washington, D.C.: Institute for National Strategic Studies, National Defense University, August 2005 (Strategic Forum Nr. 216), <www.ndu.edu/inss/strforum/sf216/sf_216_web.pdf>.

2 Vgl. Allan Gyngell/Michael Wesley, *Making Australian Foreign Policy*, Cambridge 2003, S. 10f.

3 In der Politischen Wissenschaft gibt es keine einheitliche Definition des Begriffs Mittelmacht. Diese Studie geht von einem klassischen, konventionellen Ansatz aus, der sich an der Stellung des Staates im internationalen System orientiert. Mittelmächte nehmen danach in mehreren Hinsichten, nämlich gemessen an ihrer territorialen Größe, ihrer Bevölkerung und ihrer wirtschaftlichen und militärischen Stärke, eine Mittelposition zwischen Großmächten und kleinen Staaten ein. Daneben existieren geographische und normative Erklärungsansätze zum Konzept einer Mittelmacht. Einer dritten Interpretation zufolge zeichnet sich eine Mittelmacht durch ein bestimmtes außenpolitisches Verhalten aus. Siehe dazu Andrew F. Cooper/Richard Higgot/Richard Nossal, *Relocating Middle Powers: Australia and Canada in a Changing World Order*, Vancouver 1993.

4 Daten aus International Institute for Strategic Studies (IISS), *Military Balance 2005–2006*, London 2005.

5 Vgl. Gyngell/Wesley, *Making Australian Foreign Policy* [wie Fn. 2], S. 11.

6 Vgl. Commonwealth of Australia, *Advancing the National Interest: Australia's Foreign Policy and Trade Policy White Paper*, Canberra 2003, <www.dfat.gov.au/ani/dfat_white_paper.pdf>.

7 Vgl. Michael A. Rostek, *Approaches to National Security: A Canadian-Australian Comparison*, Kingston (Ontario): Centre for International Relations, Queen's University, Juli 2006 (Occasional Paper Series Nr. 60), S. 16.

New Zealand and the United States of America« (ANZUS) ist Washington Canberras Verbündeter;[8] die Zusammenarbeit mit den USA zählt seither zu den Eckpfeilern der australischen Sicherheitspolitik.

Australien betrachtet sich somit als Mitglied der westlichen Sicherheitsgemeinschaft, mit der es nicht nur die wesentlichen sicherheits- und ordnungspolitischen Vorstellungen teilt, sondern, so die in Canberra vertretene Auffassung, auch die Verantwortung, sich globalen Herausforderungen zu stellen, die regionale Auswirkungen haben können. Seit Ende des 19. Jahrhunderts hat sich das Land mit seinen Streitkräften an einer Vielzahl von Konflikten beteiligt, erst auf Seiten seiner britischen, dann seiner amerikanischen Verbündeten.[9]

Diese Grundkonstante australischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik gerät jedoch teilweise mit der schon geographisch bedingten Notwendigkeit einer Integration in den asiatischen Sicherheitsraum in Konflikt. Die Westorientierung hat das Streben australischer Regierungen, von den asiatischen Nachbarn, vor allem in Südostasien, als wichtiger sicherheitspolitischer Akteur akzeptiert zu werden, zumindest nicht erleichtert. Australien gilt nicht wenigen asiatischen Nachbarn als »Agent der USA« und wird daher kritisch beobachtet. Unter den veränderten strategischen Rahmenbedingungen des 21. Jahrhunderts tritt das zentrale Problem der australischen Außen- und Sicherheitspolitik noch deutlicher zu Tage: Wie kann Australien zu einem einflussreichen sicherheitspolitischen Akteur im asiatisch-pazifischen Raum werden, ohne gleichzeitig die Beziehungen zum amerikanischen Bündnispartner zu schwächen?

Neue Herausforderungen

Spätestens seit den Terroranschlägen auf die USA am 11. September 2001 lassen sich aus australischer Sicht regionale und globale Herausforderungen immer weniger voneinander trennen. Dies gilt vor allem für Gefährdungen durch den internationalen Terrorismus, die Weiterverbreitung von ABC-Waffen und ihrer Trägersysteme sowie durch scheiternde und gescheiterte Staaten.[10]

Da Canberras wichtigster Verbündeter Washington nach den Anschlägen seine Außen- und Sicherheitspolitik einer durchgreifenden Überprüfung und Neubewertung unterzog, sah sich die australische Regierung gefordert, ihrerseits auf die konzeptionellen und politischen Anpassungen des mächtigen Bündnispartners zu reagieren. Die Bush-Regierung stellte den Kampf gegen den internationalen Terrorismus ins Zentrum ihrer Grand Strategy und behielt sich unter ihren neuen Prämissen auch die international umstrittene Option zur Anwendung militärischer Präventivschläge vor. Für den australischen Verbündeten hatte dies eine Reihe von Folgen: Die USA ordneten unter anderem ihre militärische Präsenz im asiatisch-pazifischen Raum neu, forderten von Canberra einen größeren Beitrag zur Wahrung der regionalen Stabilität[11] und messen ihre Bündnispartner insgesamt stärker als zuvor an deren Bereitschaft und Fähigkeit, sich an der Lösung globaler sicherheitspolitischer Probleme zu beteiligen.[12]

Bald darauf lenkten die Terroranschläge auf der indonesischen Insel Bali im Dezember 2002 mit 88 australischen Todesopfern sowie der Anschlag auf die australische Botschaft in Jakarta im September 2004 die Aufmerksamkeit der australischen Regierung auf die Tatsache, dass sich die weltweite Gefährdung durch islamistische Extremisten in der unmittelbaren Nachbarregion besonders akut niederschlug. Auch die Erkenntnis, dass es zwischen fragiler Staatlichkeit und internationalem Terrorismus im Südwestpazifik einen

8 1984 verweigerte Neuseeland nuklear bewaffneten Schiffen das Einlaufen in seinen Häfen. Die USA sehen seither ihre Vertragsverpflichtungen gegenüber Neuseeland als aufgehoben an.

9 Die Liste entsprechender Missionen reicht von der Entsendung eines Kontingents aus der Kolonie New South Wales zur Beteiligung an einer britischen Militäraktion im Sudan 1885 über Einsätze australischer Verbände im Burenkrieg 1899–1902, beim Boxeraufstand 1900, im Ersten und Zweiten Weltkrieg, im Koreakrieg 1950–53, beim Aufstand auf den Malaiischen Inseln 1948–60, in Indonesien 1963–66, im Vietnamkrieg 1964–72 bis zu Australiens Engagement im Zweiten Golfkrieg 1990–91, in Afghanistan 2001 und im Dritten Golfkrieg 2003.

10 Vgl. Commonwealth of Australia, *Australia's National Security: A Defence Update 2005*, Canberra 2005, <www.defence.gov.au/update2005/defence_update_2005.pdf>.

11 Vgl. Benjamin Schreer, *Die Neuordnung der amerikanischen Auslandsstützpunkte. Die »Global Posture Review« der Bush-Administration*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, August 2005 (S 16/05).

12 Vgl. Commonwealth of Australia, *Defence Update 2005* [wie Fn. 10].

Zusammenhang geben könnte, bestimmte mehr und mehr die australische Bedrohungswahrnehmung.[13]

Und schließlich ändern sich die Großmachtverhältnisse in Asien-Pazifik insgesamt. Der regionale Hegemon USA, die aufstrebende Volksrepublik China und Japan drängen auf Neuordnung ihrer Einflusssphären, und auch hier muss Canberra seine Position finden.

Außen- und sicherheitspolitische Neubestimmung

Vor diesem Hintergrund erörterte Premierminister Howard im März 2005 in einer Grundsatzrede die künftige Ausrichtung der australischen Außen- und Sicherheitspolitik. Aufgrund der besonderen Stellung Australiens als liberale Demokratie westlicher Prägung, so der Premier, sei eine Neubestimmung der regionalen und globalen Sicherheitspolitik erforderlich. Konkret laufe dies auf eine Vertiefung der bestehenden Bündnisbeziehungen mit den USA, eine Neuordnung der Beziehungen zu den wichtigsten asiatischen Mächten, allen voran Japan, China und Indonesien, und auf eine australische Führungsrolle bei der Stabilisierung der südwestpazifischen Region hinaus.[14]

Handlungsleitendes Motiv in der Außen- und Sicherheitspolitik der Regierung Howard ist ein realistischer Denkansatz über die Wirkweise der internationalen Beziehungen. Kernelemente dieser Politik sind eine starke Betonung des nationalen Interesses, Skepsis gegenüber multilateralen Institutionen und eine starke Anlehnung an den amerikanischen Bündnispartner. An diesen Grundzügen orientierte sich die australische Politik bereits vor dem 11. September 2001;[15] sie wurden seither jedoch noch deutlicher akzentuiert.

Ein Anhaltspunkt dafür sind die Grundlagendokumente zur Außen- und Verteidigungspolitik. Nach den Anschlägen von New York und Bali veröffentlichte die Regierung im Februar 2003 ein neues außenpolitisches Weißbuch. Das Dokument *Advancing the National Interest* rückte den internationalen Terrorismus ins Zentrum der Bedrohungsanalyse, warnte jedoch auch vor traditionellen konventionellen Konflikten in Asien-Pazifik.[16] Zudem übte das Strategiepapier deutliche Kritik an den Vereinten Nationen (VN). Sollten sich die VN im Angesicht der neuen Bedrohungen als reaktionsunfähig erweisen, werde Australien sich etwaigen »Koalitionen der Willigen« anschließen.[17] Außenminister Downer drückte es an anderer Stelle so aus: Der Multilateralismus sei oftmals ein Synonym für »ineffektive und wenig zielgerichtete Politik.«[18]

Im Mittelpunkt der Überlegungen standen die Sicherheitsbeziehungen zu Washington. Da die ordnungspolitische Vormachtstellung der USA in der internationalen Politik auf absehbare Zeit unanfechtbar sei, würden sich die nationalen Interessen Australiens nur dank einer festen Bindung an den Bündnispartner durchsetzen lassen.[19] In der Tat hat sich Canberra seit dem 11. September 2001 sowohl konzeptionell als auch in seinem praktischen politischen Handeln stark am amerikanischen Bündnispartner orientiert.[20]

13 Vgl. Alan Gyngell, »Australia's Emerging Global Role«, in: *Current History*, März 2005, S. 99–104 (102–103). Zum Konzept der ‚fragilen Staatlichkeit' siehe Ulrich Schneckener u.a., *States at Risk. Fragile Staaten als Entwicklungs- und Sicherheitsproblem*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, November 2004 (S 43/04).

14 Vgl. John Howard, Prime Minister of Australia, *Address to the Lowy Institute for International Policy*: »*Australia in the World*« (Transcript), Sydney, Westin Hotel, 31.3.2005, <www.pm.gov.au/news/speeches/speech1290.html>.

15 Vgl. Richard Leaver, »The Meanings, Origins and Implications of ›the Howard Doctrine‹«, in: *Pacific Review*, 14 (2001) 1, S. 15–34; Commonwealth of Australia, Department for Foreign Affairs and Trade, *In the National Interest: Australia's Foreign and Trade Policy White Paper*, Canberra 1997.

16 Vgl. Commonwealth of Australia, Department for Foreign Affairs and Trade, *Advancing the National Interest: Australia's Foreign and Trade Policy White Paper*, Canberra 2003, S. ix.

17 Ebd., S. xii.

18 Vgl. Tanya Nolan, »PM – Government Moves to Hose down Concern over Foreign Policy«, *ABC News online*, 27.6.2003, <www.abc.net.au/pm/content/2003/s890124.htm> (20.10.2006).

19 Commonwealth of Australia, *Advancing the National Interest* [wie Fn. 6], S. 86.

20 Vgl. The Senate Foreign Affairs, Defence and Trade References Committee, *The (not quite) White Paper: Australia's Foreign Affairs and Trade Policy, Advancing the National Interest*, Canberra 2003, <www.aph.gov.au/Senate/committee/FADT_CTTE/completed_inquiries/2002-04/white_paper/report/report.pdf> (20.10.2006).

Die Sicherheitsbeziehungen mit den USA

Die australisch-amerikanischen Sicherheitsbeziehungen sind komplex; neben strategischen spielen auch wirtschaftliche Interessen eine Rolle. Aus Platzgründen konzentriert sich diese Analyse ausschließlich auf die sicherheits- und verteidigungspolitischen Aspekte.

Konzeptionelle Anpassungen

Wie erwähnt, ist das Bündnis mit den USA auch im 21. Jahrhundert der Eckpfeiler der australischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und Garant gegen einen existenzbedrohenden Angriff von außen. Aus Sicht Canberras ist eine langfristige militärische Präsenz der USA in Asien-Pazifik für die Stabilität der Großregion und die eigene Sicherheit unverzichtbar.[21] Mit ihrer nach den Anschlägen vom 11. September veränderten Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin setzten die USA den australischen Bündnispartner allerdings unter Zugzwang: Canberra musste sich erklären.

Die Reaktion der Howard-Regierung folgte einem tradierten Reflex australischer Sicherheitspolitik. In Zeiten des Gefühls erhöhter Unsicherheit kam es stets zum Schulterschluss mit der Schutzmacht. Unmittelbar nach den Terrorangriffen kündigte Premierminister Howard an, im Kampf gegen den internationalen Terrorismus fest an der Seite des amerikanischen Bündnispartners zu stehen. Erstmals in der Geschichte setzte ein australischer Regierungschef die Beistandsverpflichtung nach Artikel 4 des ANZUS-Vertrags in Kraft und begründete damit die Beteiligung australischer Streitkräfte an militärischen Operationen des Verbündeten.[22]

Mehr noch: Die Howard-Regierung teilt die Prämissen der Bush-Administration im Kampf gegen die neuen Bedrohungen. Sie unterstützt auch die amerikanische Position, gegen Terror und Massenvernichtungswaffen das Militär in Ausnahmesituationen auch präemptiv einzusetzen. Nach den Terroranschlägen auf Bali schloss Howard einen solchen Einsatz der australischen Streitkräfte in den asiatischen Nachbarstaaten explizit nicht aus, falls ein terroristischer Angriff unmittelbar bevorstehe.[23] Zuvor hatte bereits Verteidigungsminister Robert Hill erklärt, diese Option sei im Kampf gegen Terrornetzwerke unverzichtbar.[24]

Laut Außenminister Downer ist der Einsatz militärischer Macht auch zur Etablierung von Demokratie und Freiheit geeignet und gegebenenfalls erforderlich. Schon aus Gründen des nationalen Interesses – das sich mit dem der USA decke – ziele die australische Außen- und Sicherheitspolitik auf die weltweite Verbreitung stabiler demokratischer Systeme, notfalls auch mit Hilfe des Militärs. Andernfalls drohe Australien dereinst von gescheiterten oder despotischen Staaten umgeben zu sein.[25] Canberra begreift das Bündnis daher auch unter dem Aspekt einer zunehmend global ausgreifenden nationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, eine Sichtweise, die durch die Beteiligung an den Militäreinsätzen in Afghanistan und im Irak unterstrichen wurde.

Militäreinsatz in Afghanistan

Nachdem Howard dem amerikanischen Bündnispartner Mitte September 2001 politische Unterstützung zugesagt hatte, kündigte er Mitte Oktober 2001 die Teilnahme Australiens an der internationalen Koali-

21 Vgl. Commonwealth of Australia, *Defence Update 2005* [wie Fn. 10].

22 Vgl. Mark Beeson, »Issues in Australian Foreign Policy: July to December 2001«, in: *Australian Journal of Politics and History*, 48 (2002) 2, S. 226–240. Artikel 4 des ANZUS-Vertrags sieht vor, dass ein Angriff auf eine der Vertragsparteien als Bedrohung der Sicherheit aller Vertragsparteien gewertet wird und diese zur Abwehr der gemeinsamen Bedrohung gemäß ihrer nationalen Gesetzgebungsprozesse handeln. Der Vertrag enthält keine automatische Beistandsverpflichtung. Allerdings weist Artikel 5 des ANZUS-Vertrags darauf hin, dass ein Angriff auf eine der Vertragsparteien als Angriff auf alle anderen Vertragsparteien erachtet wird.

23 Vgl. Steve Lewis, »Howard Runs the Guntlet of Asia«, in: *The Australian*, 2.12.2002, S. 1.

24 Vgl. Rostek, *Approaches to National Security* [wie Fn. 7], S. 18.

25 Vgl. Alexander Downer, »Australia for Freedom«, in: *Looking Forward*, 3 (Winter 2006), S. 2–5, <www.andrewsouthcott.com/LookingForward/Andrew_Southcott%27s_Looking_Forward_Winter_2006.pdf>.

tion gegen den Terror an.[26] Der erste Einsatz australischer Streitkräfte gegen das afghanische Taliban-Regime erfolgte im Rahmen der Operation Slipper Ende 2001. Australien schickte 200 Angehörige der Spezialstreitkräfte, die in der Folge in die schwersten Kampfhandlungen seit dem Vietnamkrieg verwickelt wurden.[27]

2006 brach die zweite Phase der Afghanistanoperation an. Im März verlegte die ADF zwei Chinook-Transporthubschrauber und 110 Mann, um damit unter anderem Kapazitätsengpässen der NATO-geführten International Security Assistance Force (ISAF) entgegenzuwirken. Im Mai 2006 kündigte Premierminister Howard an, 240 Mann zu dem von den Niederlanden geführten Provincial Reconstruction Team (PRT) in der gefährlichen südlichen Oruzgan-Provinz zu entsenden. Auch dieser Einsatz gehört zur ISAF-Mission.[28] Aufgrund der dramatisch verschlechterten Sicherheitslage wurden die Kräfte im August dieses Jahres auf 400 Mann aufgestockt. Darunter ist eine Schutzkomponente aus 120 Infanteristen und 14 modernen gepanzerten Patrouillenfahrzeugen vom Typ Bushmaster.[29]

Wie die Beteilung an der ISAF zeigt, wird Australien nach dem Verständnis der Howard-Regierung angesichts der neuen strategischen Rahmenbedingungen unter anderem auch »am Hindukusch verteidigt«; außerdem hält die Regierung ein globales militärisches Engagement auch langfristig für notwendig. Allerdings ist Australien ebenso wie die anderen Nationen um eine Begrenzung der eigenen Anstrengungen bemüht. Trotz der Kritik australischer Sicherheitsexperten zog die Howard-Regierung die Spezialstreitkräfte Ende September 2006 mit dem Hinweis ab, der Beitrag einiger europäischer NATO-Staaten sei noch ausbaufähig.[30]

Beteiligung am Irakkrieg

Im Krieg gegen den Irak 2003 stellte sich die Howard-Regierung ebenfalls ohne zu zögern an die Seite Washingtons. Der Premierminister sah die völkerrechtlichen Grundlagen für den Irakeinsatz auch ohne ein Mandat des VN-Sicherheitsrats als gegeben an[31] und entsandte folgende Streitkräfte: 2200 Mann, vier Kampfflugzeuge vom Typ F/A-18, zwei PC-3 Orion Aufklärungsflugzeuge, Transportflugzeuge vom Typ C-130, zwei Fregatten der ANZAC-Klasse sowie Einheiten der Spezialstreitkräfte.[32]

Australien konzentrierte seinen Beitrag jedoch vornehmlich auf Unterstützungsaufgaben, bei denen direkter Feindkontakt kaum zu erwarten war. An der Bodenoffensive gegen die irakische Hauptstadt Bagdad nahm die ADF nicht teil, und bis Ende 2004 hatten alle australischen Kampfeinheiten den Irak wieder verlassen. Hinter diesem personell und zeitlich begrenzten sowie relativ risikoarmen militärischen Einsatz stand das Kalkül der australischen Regierung, die amerikanische Regierung werde den politischen Symbolwert der Aktion für entscheidender erachten als den militärisch-operativen Nutzen.[33] Nach ähnlichem Muster war Australien bereits im Zweiten Golfkrieg 1990/91 verfahren. Auch damals bestand der wichtigste, aber unsichtbare militärisch-operative Beitrag Australiens zur Gesamtoperation darin, die gemeinsam auf australischem Boden betriebenen militärischen Aufklärungseinrichtungen zur Verfügung zu stellen.

Der Einsatz im Irak war für die australische Regierung anfangs ein voller Erfolg, zumal die Streitkräfte keine Verluste erlitten. In der folgenden Stabilisierungsphase wurden zunächst 600 Soldaten in der relativ sicheren Al Muthanna-Provinz im Südirak stationiert und mit dem Schutz des dort operierenden japanischen Kontingents und mit der Ausbildung irakischer Soldaten betraut. Nach dem Abzug der japanischen Truppen soll sich dies ändern. Eine 500 Mann starke Truppe wird im Irak bleiben und dabei Aufgaben mit einem höheren Risiko übernehmen. Die

26 Vgl. *Transcript of the Prime Minister The Hon John Howard MP Press Conference*, Melbourne, 17.10.2001, <www.pm.gov.au/news/interviews/2001/interview1390.htm>.
27 Vgl. »Diggers Kill 150 Taliban Fighters«, in: *The Australian* (online), 13.9.2006.
28 Vgl. Prime Minister Office, *Afghanistan: Reconstruction Taskforce*, Media Release, 8.5.2006, <www.pm.gov.au/news/media_releases/media_Release1920.html>.
29 Vgl. Mark Dodd, »Afghani Sortie very Dangerous«, in: *The Australian* (online), 25.8.2006.
30 Vgl. »Howard Refuses to Extend SAS Deployment«, in: *The Australian* (online), 26.9.2006.
31 Vgl. Ron Huisken, *The Road to War on Iraq*, Canberra: Strategic and Defence Studies Centre, Australian National University, 2003 (Canberra Papers on Strategy and Defence Nr. 148).
32 Vgl. Department of Defence, *The War in Iraq. ADF Operations in the Middle East in 2003*, <www.defence.gov.au/publications/lessons.pdf>.
33 Vgl. Mark Thompson, *Punching above our Weight? Australia as a Middle Power*, Canberra: Australian Strategic Policy Institute, 2005, S. 10-11 (Strategic Insights Nr. 18).

Einheiten werden auf den großen US-Luftwaffenstützpunkt in Tallil in der konfliktreichen Provinz Dhi Qar verlegt, um über ihre Ausbildungsaufgaben hinaus die Grenze zu Saudi Arabien sichern zu helfen und gegebenenfalls amerikanische Truppen in Krisensituationen zu unterstützen. Damit könnten sie in direkte Kampfhandlungen verwickelt werden.[34]

Der Irakeinsatz wird nicht zuletzt dadurch für die Regierung von John Howard innenpolitisch zum Problem. Wie seine engsten Verbündeten, US-Präsident George W. Bush und der britische Premier Tony Blair, gerät er angesichts der schwierigen Lage im Irak zunehmend unter Druck. Die australische Bevölkerung lehnt die Stationierung australischer Truppen im Irak inzwischen mehrheitlich ab, die Oppositionspartei fordert öffentlich den Abzug der Streitkräfte, und selbst im Regierungslager wächst die Skepsis. Gleichwohl hat der Premier einem Abzug bisher eine strikte Absage erteilt, auch wenn er Ende Oktober 2006 andeutete, im Falle einer »relativ stabilen« Sicherheitslage könne darüber nachgedacht werden.[35] Doch wird Howard schon aufgrund seines außenpolitischen Koordinatensystems an der Bündnissolidarität mit Washington festhalten.

Ballistische Raketenabwehr und Proliferation Security Initiative (PSI)

Auch im Bereich der ballistischen Raketenabwehr (Ballistic Missile Defense, BMD) hat die Howard-Regierung die Weichen für eine verbesserte Zusammenarbeit mit den USA gestellt. Schritte in diese Richtung zeichneten sich schon vor dem 11. September 2001 ab; im Dezember 2003 kündigte Canberra jedoch an, sich an der von Washington vorangetriebenen ballistischen Raketenabwehrarchitektur zu beteiligen.[36] Die Kooperation dürfte sich dabei in erster Linie auf die für den Bündnispartner wichtigen Systeme zur Erkennung und Verfolgung ballistischer Raketen erstrecken, nicht auf die Stationierung von Abfangsystemen auf australischem Boden.

Im Jahre 2004 unterzeichneten beide Seiten im Rahmen ihrer AUSMIN-Konsultationen[37] ein »Memorandum of Understanding« (MoU) über die bilaterale Zusammenarbeit bei der ballistischen Raketenabwehr. Es ist auf 25 Jahre angelegt und sieht die Erforschung und Entwicklung gemeinsamer Systeme vor.[38] Ebenfalls 2004 wurde das australische Jindalee-Radarsystem auf seine Fähigkeit getestet, ballistische Raketen in ihrer Startphase zu erkennen, und damit auf seine Eignung als Systemkomponente in einer gemeinsamen BMD-Architektur.[39] Die australische Marine hat das amerikanische Aegis-Feuerleitsystem – eine wesentliche technologische Komponente im Rahmen einer seegestützten Raketenabwehr – für seine neuen Flugabwehrzerstörer ausgewählt,[40] und die in Australien gemeinsam betriebene Satelliten-Bodenstation Pine Gap wurde mit Systemen zur Früherkennung von Raketenstarts ausgerüstet.

Hinter der australischen Beteiligung an der Entwicklung ballistischer Raketenabwehrsysteme steht die Überzeugung, dass die wachsende Bedrohung durch die Weiterverbreitung von ABC-Waffen und ballistischen Trägersystemen Gegenmaßnahmen erfordere.[41] Vor allem die von Nordkorea betriebene Entwicklung weit reichender Trägersysteme und Atomwaffen löst in Canberra Besorgnis aus. Ende Juni 2006 erklärte Verteidigungsminister Brendon Nelson daher mit Blick auf einen möglichen Raketentest Pyöngyangs, Australien werde jede Antwort der US-Regierung, auch einen Abschuss der Rakete, unterstützen.[42]

Außerdem beteiligt sich Canberra sehr aktiv an der von der Bush-Regierung 2003 initiierten Proliferation Security Initiative (PSI) zur Eindämmung des Trans-

34 Vgl. Patrick Walters, »PM Recommits to Iraq«, in: *The Australian* (online), 23.6.2006; ders., »Extra 38 Diggers for Iraq Taskforce«, in: ebd., 5.9.2006.
35 Vgl. Patrick Walters, »PM Shifts Ground on Iraq Exit«, in: *The Australian* (online), 20.10.2006; ders., »Stand Firm on Iraq, PM Tells Backbenchers«, in: ebd., 18.10.2006.
36 Vgl. Alexander Downer, »Australia to Join US Missile Defence Program«, Department of Foreign Affairs and Trade, Media Release, 4.12.2003, <www.foreignminister.gov.au/releases/2003/fa151_03.html>.

37 AUSMIN steht für »Australia-United States Ministerial« Consultation und ist der Nachfolger der nach dem De-facto-Ausschluss Neuseelands dysfunktionalen »ANZUS Council Meetings«.
38 Vgl. U.S. Department of Defense, News Release, *United States and Australia Sign Missile Defense Agreement*, Washington, D.C., 7.7.2004, <http://canberra.usembassy.gov/ausmin/2004/missile-defense.html>.
39 Vgl. »Jindalee Radar to Play Role in US-Australian BMD Pact«, in: *International Defense Review*, 1.9.2004.
40 Vgl. »Australia Chooses Aegis Radar for New Destroyer«, in: *Defense News* (online), 23.8.2004.
41 Vgl. Commonwealth of Australia, *Weapons of Mass Destruction. Australia's Role in Fighting Proliferation: Practical Responses to New Challenges*, Canberra 2005.
42 Vgl. »Australia Backs U.S. Action if North Korea Launches Missile«, in: *Defense News* (online), 28.6.2006.

ports von ABC-Waffen, Trägersystemen sowie waffenfähigem Material auf dem See-, Luft- und Landweg. Nach dem nordkoreanischen Atomtest im Oktober 2006 kündigte Premierminister Howard zudem an, Australien werde Kriegsschiffe zur Durchsetzung der VN-Sanktionen gegen Pyöngyang entsenden, falls diese das Aufbringen nordkoreanischer Schiffe enthielten.[43] Sollte sich in Zukunft eine von den USA geführte »Koalition der Willigen« zu solchen Schritten entschließen, wird Australien vermutlich nicht abseits stehen.

Verbesserung der Interoperabilität

Schließlich wurden Maßnahmen zur Verbesserung der Interoperabilität beider Streitkräfte getroffen. Nicht zuletzt der Irakkrieg hatte die teilweise signifikanten Defizite in diesem Bereich offenbart.[44] Folglich wurden seit 2004 zum einen die gemeinsamen Trainingsaktivitäten in Australien intensiviert.[45] Damit versucht Canberra dem Bündnispartner, der in Südostasien nur noch in Singapur über größere militärische Einrichtungen verfügt, außerdem die Vorteile australischer Stützpunkte für kleinere, zeitlich begrenzte Einsätze schmackhaft zu machen.[46] Eine permanente Stationierung amerikanischer Truppenteile wäre für die australische Regierung innenpolitisch schwer durchsetzbar, wird von den USA jedoch vermutlich auch nicht in Betracht gezogen.

Zudem setzt Canberra die enge Rüstungskooperation mit den US-Streitkräften fort, die der ADF bevorzugten Zugang zu amerikanischer Militärtechnologie verschafft. Seit 2001 hat sich Australien daher bei den meisten Rüstungsgroßprojekten für amerikanische Produkte entschieden. An erster Stelle steht in diesem Zusammenhang die geplante Beschaffung des derzeit noch in der Entwicklungsphase befindlichen amerikanischen Kampfflugzeugs Joint Strike Fighter (JSF), das mit geschätzten 9 Milliarden Euro teuerste Rüstungsprojekt in der australischen Geschichte.[47] Daneben bezieht Australien von den USA fünf strategische Lufttransportmaschinen vom Typ C-17 Globemaster, die ab Ende 2006 zulaufen sollen.[48] Im Rahmen eines Zehnjahresplans zur Rüstungsbeschaffung sind zudem sechs luftgestützte Frühwarnsysteme vom Typ Boeing 737 AWACS, Kampfwertsteigerungen für die Kampfflugzeuge vom Typ F/A-18 sowie 59 Kampfpanzer vom Typ Abrams M1A1 vorgesehen.[49] Die australischen Kampfflugzeuge werden mit modernsten amerikanischen Luft-Boden-Marschflugkörpern (Joint Air-To-Surface Standoff Missile, JASSM) vom Typ AGM-158 ausgerüstet.[50] Die Marine orientiert sich bei der Beschaffung von Schiffen und Waffensystemen ebenfalls am Kriterium der Interoperabilität mit dem amerikanischen Verbündeten. Da die angestrebte Fähigkeit zur sogenannten Vernetzten Operationsführung[51] sich wesentlich auf allerneueste Informations- und Kommunikationstechnologien stützt – ein Gebiet, auf dem die USA Vorreiter sind –, wird die Rüstungskooperation auch in diesem Bereich vermutlich noch zunehmen.[52]

Testfall China

Aus Sicht vieler Experten könnte sich das Verhältnis zur Volksrepublik China als Testfall für das amerikanisch-australische Sicherheitsbündnis erweisen. Schon wegen des Taiwan-Konflikts ist eine militärische Konfrontation zwischen Washington und Peking nicht auszuschließen, eine Situation, in der die USA die

43 Vgl. *Transcript of the Prime Minister The Hon John Howard MP Interview with Neil Mitchell, Radio 3AW*, Melbourne, 13.10.2006, <www.pm.gov.au/news/interviews/Interview2178.html>.
44 Vgl. Department of Defence, *The War in Iraq* [wie Fn. 32].
45 Vgl. Vgl. Department of Foreign Affairs and Trade, *2005 Australian-United States Ministerial Consultations. Joint Communique*, <www.dfat.gov.au/geo/us/ausmin/ausmin05_joint_communique.html>; Senator Robert Hill, Minister for Defence, *Australia-US Joint Combined Training* Centre, 8.7.2005, <www.minister.defence.gov.au/Hilltpl.cfm?CurrentId=4016>; Australian Department of Defence, Media Release, *ADF and US Forces Set to Exercise in Queensland*, 20.5.2005, <www.defence.gov.au/media/2005/200505.doc>.
46 Vgl. Ron Huisken, *QDR 2001: America's New Military Roadmap. Implications for Asia and Australia*, Canberra: Strategic and Defence Studies Centre, Australian National University, 2002, S. 24 (Working Paper Nr. 366).
47 Vgl. Robert Lusetich, »ADF's Stealth Fighter Takes Radar-evading Shape«, in: *The Australian* (online), 6.5.2006.
48 Vgl. Patrick Walters, »Giant of the Sky to Take on Herculean Load for Military«, in: *The Australian* (online), 10.5.2006.
49 Vgl. Robert Hill, Australian Minister for Defence, in: *Defense News* (online), 14.3.2005; »›Aussie‹ Abrams Tanks Roll Off Line«, in: *The Weekend Australian* (online), 18.2.2006.
50 Vgl. »JASSM to Arm Australian Hornets, F-35s«, in: *Defense News* (online), 6.3.2006.
51 Siehe dazu Sascha Lange, *Netzwerk-basierte Operationsführung (NBO). Streitkräfte-Transformation im Informationszeitalter*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Mai 2004 (S 02/05).
52 Vgl. Richard Brabin-Smith, *Australia's International Defence Relationships with the United States, Indonesia and New Zealand*, Canberra: Strategic & Defence Studies Centre, Mai 2006, S. 12 (Working Paper Nr. 400).

uneingeschränkte Unterstützung des Bündnispartners einfordern würden. Canberra müsste in diesem Fall gegen seinen mittlerweile zweitgrößten Handelspartner kämpfen.[53]

Die australische Regierung sitzt also zwischen allen Stühlen. Außenminister Downer erklärte während eines Peking-Besuchs 2004, Australien werde im Fall eines chinesisch-amerikanischen Konflikts um Taiwan nicht automatisch militärisch involviert.[54] Der amerikanische Bündnispartner reagierte erheblich verstimmt, worauf Downer sich zu der »Klarstellung« veranlasst sah, dass sich Australien traditionell nicht zu seinem Verhalten im Krisenfall äußere.[55] Anfang 2005 versuchte die US-Regierung, Canberra von der Verhängung eines Waffenembargos gegen China zu überzeugen.[56] Vergeblich. Im März 2006 wurde Downer kurz vor dem Besuch der amerikanischen Außenministerin Condoleezza Rice sogar noch deutlicher: Canberra lehne die in einigen politischen Zirkeln Washingtons befürwortete Politik der Eindämmung Chinas ab.[57]

Gleichwohl dürfte es Peking nicht gelingen, einen Keil zwischen die Verbündeten zu treiben. Zwar möchte Australien seine Wirtschaftsbeziehungen zur Volksrepublik weiter ausbauen, dennoch betrachtet es das Bündnis mit den USA als unverzichtbare Vorsorge gegen eine Destabilisierung in Asien-Pazifik. Außerdem hat die Allianz seit dem 11. September 2001 ihren Fokus von der Region auf globale Sicherheitsprobleme wie den Terrorismus, die Weiterverbreitung von ABC-Waffen und die Stabilisierung fragiler Staaten erweitert. Durch die Entscheidungen der australischen Regierung bei der ballistischen Raketenabwehr, der Streitkräftemodernisierung und der Rüstungsbeschaffungsprogramme werden die australischen Streitkräfte noch enger an den amerikanischen Bündnispartner gebunden. Keine andere bilaterale Sicherheitsbeziehung bietet Australien auch nur annähernd die strategischen Vorteile von ANZUS.[58]

Trotz gelegentlicher Irritationen in der China-Frage sind tiefgreifende Verwerfungen zwischen Canberra und Washington daher nicht zu erwarten.[59] Im Fall einer chinesischen Aggression gegen Taiwan könnten die USA mit der Unterstützung Australiens rechnen.

53 Vgl. <www.dfat.gov.au/geo/china/proc_bilat_fs.pdf>.
54 Vgl. Catherine Armitage, »Downer Assures China on Taiwan«, in: *The Australian* (online), 18.8.2004.
55 Vgl. Mohan Malik, »The China Factor in Australia-US Relations«, in: *China Brief* (online), 5 (12.4.2005) 8, <www.jamestown.org/publications_details.php?volume_id=408&issue_id=3298&article_id=2369588>.
56 Vgl. Gopal Ratnam, »US Is Inconsistent toward Allies on China«, in: *Defense News* (online), 28.3.2005.
57 Vgl. Steven R. Weisman, »Rice and Australian Counterpart Differ About China«, in: *New York Times* (online), 17.3.2006.
58 Vgl. Malik, *The China Factor in Australia-US Relations* [wie Fn. 55].
59 Vgl. Kay Möller, *China im Westen. Australien und Kanada*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Januar 2006 (SWP-Diskussionspaper FG7, 1/06), <www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?id=1558>.

Regionale Sicherheit

Wie wirkt sich diese enge Bindung der Howard-Regierung an den amerikanischen Bündnispartner auf Australiens sicherheitspolitische Rolle im asiatisch-pazifischen Raum aus? Regierungskritiker haben in diesem Zusammenhang das Bild vom australischen »Hilfssheriff« der USA bemüht. Canberra habe damit einen Part, der eine konstruktive Rolle bei der Herstellung regionaler Sicherheit verhindere.[60] Allerdings unterstellt diese Behauptung, dass Australien keine eigenständigen regionalen Interessen habe beziehungsweise dass diese immer deckungsgleich mit denen des amerikanischen Bündnispartners seien. Dieser Eindruck bestätigt sich bei näherer Betrachtung nicht.

Intervention im Südpazifik

Im Südpazifik etwa ist Canberra unabhängig von den USA traditionell Ordnungs- und Führungsmacht. Seit 2001 hat sich die Howard-Regierung dort zu einem stärker interventionistisch akzentuierten Kurs entschlossen, der auch den Einsatz der Streitkräfte einschließt. Die Ursache dafür liegt jedoch in erster Linie in einer veränderten Bedrohungswahrnehmung und nicht in dem Wunsch, sich Washington gegenüber loyal zu erweisen.

In vielen pazifischen Inselstaaten lassen sich bereits seit längerem Charakteristika erodierender staatlicher Ordnung feststellen. Bis 2001 betrachtete die australische Regierung dies vorrangig als entwicklungspolitisches Problem. Seitdem sind fragile Staaten wie die ehemalige Kolonie Papua-Neuguinea, die Salomonen und die Fidji-Inseln sowie der Inselstaat Vanuatu aus Sicht der australischen Regierung durch die mögliche Verbindung zwischen organisierter Kriminalität und international operierenden Terrornetzwerken jedoch zu einem erheblichen Sicherheitsrisiko geworden.[61] Die australische Regierung sieht sich als regionale Führungsmacht in der Pflicht, die Ordnung in diesen Staaten notfalls auch mit militärischen Mitteln wiederherzustellen, und geht davon aus, in dieser Krisenregion künftig stärker eingreifen zu müssen.[62]

In diesem Fall sind nicht die USA ihr wichtigster Verbündeter und Partner, sondern Neuseeland. Zwar sind die Sicherheitsbeziehungen zwischen Canberra und Wellington seit einigen Jahre gespannt, weil Neuseeland mit seiner ohnehin kleinen Streitkraft von 9000 Mann zuletzt an militärischen Fähigkeiten eingebüßt hat und im Kampf gegen den internationalen Terrorismus teilweise andere Konzepte vertrat. Dennoch hat sich der Nachbar bei den Militäreinsätzen auf den Salomonen, in Timor-Leste (Osttimor) und jüngst auf Tonga als verlässlicher Partner bewährt.[63] Auch beteiligen sich neuseeländische Truppen an der ISAF-Mission der NATO in Afghanistan und stellen ein Provincial Reconstruction Team (PRT) in der Provinz Bayman. Zudem gibt es weitere Anzeichen für eine aktivere neuseeländische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. So will Wellington trotz seines äußerst begrenzten Verteidigungshaushalts von 1 Milliarde US-Dollar im Jahr 2006 mehr in modernes militärisches Gerät investieren, das für Auslandseinsätze benötigt wird.[64]

Regional Assistance Mission to the Solomon Islands (RAMSI) 2003

Angesichts wachsender Unruhen auf den Salomonen in der ersten Jahreshälfte 2003 entschloss sich die

60 Siehe zu dieser Kritik William T. Tow, »Deputy Sheriff or Independent Ally? Evolving Australian-American Ties in an Ambigious World Order«, in: *Pacific Review*, 17 (Juni 2004) 2, S. 271–290.

61 Vgl. *John Howard, Interview with Neil Mitchell, Radio 3AW* (Transkript), Melbourne, 21.4.2006, <www.pm.gov.au/news/interviews/Interview1898.html>.

62 Vgl. John Howard, Prime Minister of Australia, *A Stronger Army: Two More Bataillons*, Media Release, 24.8.2006, <www.pm.gov.au/news/media_releases/media_Release2091.html>.

63 Vgl. Jim Rolfe, »Australia-New Zealand Relations: Allies, Friends, Rivals«, in: Satu Limaye (Hg.), *Asia's Bilateral Relations*, Honolulu: Asia Pacific Center for Security Studies, Oktober 2004 (Special Assessment Series), <www.apcss.org/Publications/SAS/AsiaBilateralRelations/Australia-NewZealandRelationsRolfe.pdf>, und »Diggers Accused of Propping up Tongan Government«, in: The Australian (online), 20.11.2006.

64 Vgl. Gregor Ferguson/Nick Lee-Frampton, »Australia, New Zealand Reverse Erosion of Defense«, in: *Defense News* (online), 22.5.2006.

australische Regierung, die fragile staatliche Ordnung dort mit militärischen Mitteln wiederherzustellen. Die australische Initiative mündete im Juli 2003 in eine von Canberra dominierte »Regional Assistance Mission to the Solomon Islands« (RAMSI). Diese bestand im Kern aus 320 Polizisten sowie einer 1800 Mann starken militärischen Komponente[65] und operierte auf Einladung der salomonischen Regierung und mit Billigung des »Pacific Islands Forum« (PIF).[66]

RAMSI war für die australische Pazifikpolitik ein Präzedenzfall. Hatte die Regierung eine militärische Intervention auf den Salomonen zuvor noch mit dem Hinweis abgelehnt, dass es sich in erster Linie um ein durch entwicklungspolitische Unterstützung zu lösendes Problem handele,[67] war sie nun der Meinung, die Anarchie in Honiara drohe zum Nährboden für internationalen Terrorismus zu werden und erfordere daher eine Intervention von außen.[68] Damit senkte Canberra die Schwelle für Interventionen in pazifischen Staaten: Erstmals war nicht eine humanitäre Krise, sondern das Problem fragiler Staatlichkeit der Hauptgrund für militärisches Eingreifen. Mit diesem Paradigmenwechsel verabschiedete sich die Howard-Regierung vom Prinzip der militärischen Nichtintervention im Südpazifik.[69]

Deutlich wurde in dieser Krise auch die bereits erwähnte kritische Haltung der Howard-Regierung, was die Fähigkeiten der VN zur effektiven Krisenbewältigung angeht. Canberra bemühte sich gar nicht erst um eine Einbindung der VN, sondern setzte auf eine »Koalition der Willigen«, die von der salomonischen Regierung unterstützt wurde.[70]

Aus Sicht einiger Beobachter ist RAMSI aufgrund der schnellen Anfangserfolge bei der Entwaffnung und strafrechtlichen Verfolgung militanter Gruppierungen ein Modell für künftige Interventionen in der Region.[71] Allerdings zeigte sich, dass für die Stabilisierung des Landes ein längerfristiges Engagement nötig ist. Bis Ende 2005 hatte man die meisten Sicherheitskräfte abgezogen; im April 2006 musste die australische Regierung jedoch erneut 400 Soldaten zur Eindämmung von Unruhen entsenden.[72] Zudem weisen Experten darauf hin, dass sich die Rahmenbedingungen in den pazifischen Nachbarstaaten sehr unterscheiden, so dass die RAMSI-Lektion nicht ohne Weiteres übertragen werden kann.[73]

Dennoch kann die Mission in einigen Bereichen durchaus als Vorbild für künftige Interventionen gelten. Dies gilt insbesondere für die umfassende Einbeziehung polizeilicher Kräfte mit länderspezifischen Kenntnissen, die von im Hintergrund operierenden Streitkräften abgesichert werden.[74] Diese Fähigkeit soll weiter ausgebaut werden. Premierminister Howard kündigte an, die sogenannte International Deployment Group (IDG) der Australian Federal Police (AFP) um 400 auf 1200 Mann aufzustocken. Zu ihr gehört unter anderem eine 150 Mann starke Krisenreaktionseinheit. Die IDG, die in Osttimor ebenfalls ein-

65 RAMSI wurde von einem Australier geführt. Zudem stellte Canberra 1400 Soldaten, 155 Polizisten sowie 80 weitere Sicherheitskräfte und besaß die operative Kontrolle über die polizeilichen und militärischen Kräfte. Auch die überwiegende Zahl der 90 zivilen Kräfte, die Schlüsselpositionen in der Bürokratie besetzten, waren Australier. Schließlich trug Canberra auch die Hauptlast der finanziellen Aufwendungen und übertraf die Finanzhilfen beispielsweise der EU, Japans, Neuseelands und von VN-Einrichtungen bei weitem; vgl. Richard Ponzio, »The Solomon Islands: The UN and Intervention by Coalitions of the Willing«, in: *International Peacekeeping*, 12 (Sommer 2005) 2, S. 173–188 (179).

66 Im Pacific Islands Forum, das bis Oktober 2000 als »South Pacific Forum« firmierte, kommen jedes Jahr die Staatsoberhäupter der 16 pazifischen Inselstaaten zusammen.

67 Vgl. Commonwealth of Australia, *Australia's National Security: A Defence Update 2003*, Canberra 2003, S. 21; Alexander Downer, »Neighbours Cannot be Recolonised«, in: *The Australian*, 8.1.2003, S. 11.

68 Vgl. John Howard, Prime Minister of Australia, *Ministerial Statement to the Parliament on the Regional Assistance Mission to the Solomon Islands* (RAMSI) (Transkript), 12.8.2003, <www.pm.gov.au/news/speeches/speech422.html>; siehe zum Politikwechsel auch Elsina Wainwright/Murray Harris, »Lektionen aus dem Südpazifik. Effektive Intervention in einem scheiternden Staat: ein Fallbeispiel«, in: *Internationale Politik*, 9 (September 2005) 60, S. 54–61.

69 Vgl. James D. Stratford, *Assisting the Solomon Islands: Implications for Regional Security and Intervention*, Canberra: Strategic and Defence Studies Centre, Australian National University, Mai 2005 (Working Paper Nr. 398), S. 3; Richard Ponzio, »The Solomon Islands« [wie Fn. 65], S. 178–179.

70 Am deutlichsten brachte Außenminister Downer diese Haltung auf den Punkt; vgl. Department of Foreign Affairs and Trade, *Minister of Foreign Affairs, Alexander Downer, ABC World Today Interview* (Transkript), 27.6.2003, <www.dfat.gov.au/media/transcripts/2003/030627_abc.html>. Gleichwohl informierte das PIF im Einklang mit Artikel 54 der VN-Charta den Vorsitzenden des VN-Sicherheitsrats im Juli 2003 über das für die RAMSI vorgesehene Mandat.

71 Vgl. Michael O'Connor, »Rebuilding the Solomons: A Case Study for Developing Principles for Permissive Interventions«, in: *Australian Army Journal*, 1 (Dezember 2003) 2, S. 122–128 (124).

72 Vgl. »Australia to Reduce Troop Numbers in The Solomons«, in: *Defense News* (online), 24.5.2006.

73 Vgl. Stratford, *Assisting the Solomon Islands* [wie Fn. 69], S. 8–9.

74 Ebd.

gesetzt wurde, soll im Zusammenspiel mit den Streitkräften bei regionalen Krisen zur Wiederherstellung der staatlichen Ordnung beitragen und ist auch für Einsätze in Südostasien vorgesehen.[75]

Südostasien

Südostasien ist nicht nur aufgrund der geographischen Nähe für Australien von herausragendem sicherheitspolitischem Interesse. Geprägt durch schwache Regierungen, extrem ungleiche Machtverteilung, grenzüberschreitende Kriminalität und Probleme mit Aufständischen und islamistischen Extremisten, ist die Region aus australischer Sicht potentiell hochgradig instabil. Ungelöste Territorialkonflikte, ungenügende multilaterale Konfliktregelungsmechanismen, ein Trend zur Modernisierung der regionalen Streitkräfte im konventionellen Bereich beziehungsweise der Rückgriff auf asymmetrische Mittel und Taktiken als Ausgleich für bestehende Defizite erhöhen außerdem das Risiko zwischenstaatlicher Konflikte.[76] Hinzu kommt die strategische Bedeutung der Sea Lines of Communication (SLOCs), der Schifffahrtsrouten durch Südostasien. Über ein Drittel aller weltweit transportierten Güter und 50 Prozent des gehandelten Erdöls – darunter 80 Prozent der japanischen und 60 Prozent der chinesischen Ölimporte – werden auf diesen Wegen umgeschlagen, Tendenz steigend. Eine Störung der Handelsrouten etwa durch einen terroristischen Angriff hätte auch für die australische Wirtschaft negative Folgen.

Bilateralismus versus Multilateralismus

Um den genannten Herausforderungen zu begegnen, setzt die Regierung in erster Linie auf den Ausbau ihres dichten Netzes an bilateralen Sicherheitsbeziehungen. Multilateralen Foren steht sie dagegen eher abwartend gegenüber, zumal angesichts der oben bereits angedeuteten Defizite in der asiatischen multilateralen Sicherheitsarchitektur.[77] Die Konzentration der australischen Regierung auf bilaterale Sicherheitsbeziehungen ist daher den Umständen der südostasiatischen Sicherheitsgemeinschaft geschuldet.

Dennoch versucht Canberra durch Teilnahme an multilateralen asiatischen Sicherheitsforen wie dem ASEAN Regional Forum (ARF) den Anschluss an die Entwicklung zu halten. 2005 unterzeichnete die Howard-Regierung nach langem Widerstand das ASEAN-Abkommen über Freundschaft und Zusammenarbeit (Treaty of Amity and Co-operation), das auf den Prinzipien der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und der friedlichen Lösung von Konflikten beruht.[78] Zwar war dieser Schritt eine Vorbedingung für die Teilnahme am ersten Treffen des asiatischen Wirtschaftsgipfels »East Asian Summit« (EAS) in Kuala Lumpur im Dezember 2005; spätestens seit der Wiederwahl von Premierminister Howard im Jahr 2004 lässt sich jedoch insgesamt eine Verschiebung im sicherheitspolitischen Engagement Australiens in Südostasien zugunsten eines kooperativeren Ansatzes beobachten. Ohne Unterstützung der asiatischen Nachbarn kann Canberra die sicherheitspolitischen Probleme in der Region nicht lösen.[79] Dies gilt insbesondere für die Beziehungen zum größten Nachbarn Indonesien.

Indonesien

Die Indonesienpolitik der Howard-Regierung ist seit 2001 wieder zu dem pragmatischen Ansatz vergangener Jahre und Jahrzehnte zurückgekehrt, dem zufolge die Sicherheitsbeziehungen ungeachtet innenpolitischer Kritik höhere Priorität genießen als Fragen indonesischer Menschenrechtsverletzungen oder die Unterstützung von Sezessionsbewegungen in den indonesischen Provinzen. Dahinter steht die Sorge vor einer weiteren Fragmentierung des Nachbarn, die sicherheitspolitisch negative Folgen für Canberra

75 Vgl. John Howard, Prime Minister of Australia, *A Stronger AFP: Responding to Regional Challenges*, Media Release, 25.8.2006, <www.pm.gov.au/news/media_releases/media_Release2096.html>.
76 Vgl. Commonwealth of Australia, *Defence Update 2005* [wie Fn. 10].
77 Vgl. Brendon Nelson, Minister for Defence, *Constructing a Regional Security Community*, *Address to the 5th IISS Shangri-La Dialogue*, Singapur, 4.6.2006, <www.iiss.org/conferences/the-shangri-la-dialogue/2006-plenary-session-speeches/fifth-plenary-session–dr-brendan-nelson>.
78 Die Regierung hat gleichwohl klargestellt, dass der Vertrag nicht das Recht Australiens auf Selbstverteidigung einschränkt, vgl. Amy Kazmin/Tim Johnston, »Australia Commits to Asean Non-aggression Treaty«, in: *Financial Times* (online), 28.7.2005, S. 6.
79 Vgl. Gyngell, »Australia's Emerging Global Role« [wie Fn. 13], S. 103–104.

haben würde. Die Unabhängigkeitsbestrebungen in West-Papua, die in der australischen Bevölkerung auf große Sympathie stoßen, lehnt die Howard-Regierung beispielsweise ab.[80] Stattdessen bemüht sie sich, der deutlichen Verschlechterung der bilateralen Sicherheitsbeziehungen entgegenzuwirken, die im Zuge der australisch geführten internationalen Friedensmission in der ehemaligen indonesischen Provinz Osttimor 1999 eingetreten ist. Damals hatte Canberra unter anderem die Zusammenarbeit mit der berüchtigten Spezialeinheit des indonesischen Militärs (Kopassus) beendet, die für Menschenrechtsverletzungen in Osttimor verantwortlich war. Jakarta kündigte daraufhin ein erst 1995 unterzeichnetes bilaterales Sicherheitsabkommen (Agreement on Mutual Security, AMS).

Im August 2003 kündigte Canberra trotz heftiger Kritik im Innern die Wiederaufnahme der gemeinsamen Trainingsaktivitäten zwischen australischen und indonesischen Spezialstreitkräften an. Eine erste zweiwöchige gemeinsame Übung im Bereich der Terrorismusbekämpfung erfolgte im Februar 2006.[81] Die Intensivierung der Sicherheitsbeziehungen erfasst auch die Ebene der regulären Streitkräfte. Im April 2005 wurde erstmals seit 1999 wieder ein bilaterales Manöver in Form einer gemeinsamen See- und Luftübung durchgeführt, im August 2005 nahm eine indonesische Fregatte an der multinationalen Übung »Kakadu« teil.[82] Im gleichen Monat unterzeichneten Premier Howard und sein Amtskollege Yudhoyono eine Vereinbarung über den Abschluss eines neuen bilateralen Sicherheitsabkommens. In diesem Zusammenhang verpflichtete sich Canberra, die Sezessionsbewegungen in den indonesischen Provinzen Aceh und West-Papua nicht zu unterstützen.[83]

Das Ziel der Terrorbekämpfung hat daher die anderen Felder der australischen Indonesienpolitik weitgehend verdrängt. Im Gegenzug erhob die indonesische Regierung keine Einwände gegen die erneute australische Intervention in Osttimor Ende Mai 2006.[84] Jakarta scheint akzeptiert zu haben, dass Australien bei der Befriedung der ehemaligen Provinz eine zentrale Rolle spielt.

Intervention in Osttimor

Nachdem die VN-Friedenstruppen Osttimor Anfang Mai 2006 verlassen hatten, kam es in der seit 2002 unabhängigen Republik erneut zu heftigen Unruhen. Die australische Regierung sah sich daraufhin zum zweiten Mal seit 1999 zu einer militärischen Intervention veranlasst. Dabei betonte sie ausdrücklich ihren Anspruch auf Führung bei der Befriedung der pazifischen Region und der Stabilisierung gescheiterter Staaten.[85]

Auf Gesuch der Regierung in Dili übernahmen die australischen Streitkräfte Ende Mai bei der aus vier Nationen bestehenden Operation Astute das Kommando. Neben Australien beteiligten sich Neuseeland (160 Mann), Malaysia (300) und Portugal (120). Canberra stellte drei Kriegsschiffe sowie über 1500 Soldaten und 250 Polizisten zur Verfügung. In der Hochphase der Operation waren insgesamt sogar 2500 australische Soldaten involviert. Wie im Fall der RAMSI wurden bei Gelegenheit der jüngsten Osttimor-Krise erneut die Vorbehalte der australischen Regierung gegenüber der Fähigkeit der VN zur effektiven Friedensstabilisierung deutlich: Plänen aus New York, die gegenwärtig noch 1000 australischen Soldaten einer VN-Blauhelmmission zu unterstellen, widersetzte sich Canberra erfolgreich.[86]

Nach momentanen Planungen werden bis auf weiteres 930 Mann in Osttimor stationiert bleiben,[87] die zumindest bis zu den Wahlen im Mai 2007 die Stabilität gewährleisten sollen. Vermutlich wird das Engagement über diesen Zeitpunkt hinaus fortgesetzt werden müssen, um die junge Demokratie zu festigen. Wie beim Salomonen-Einsatz unterstreicht Canberra mit seiner Intervention in Osttimor seine Ambitionen, die Stellung Australiens als regionaler Machtfaktor auszubauen, zumal sich die ASEAN auch in dieser

80 Vgl. »Howard Rejects Papua Poll«, in: *Canberra Times* (online), 20.4.2006.
81 Vgl. »Australia, Indonesia to End Special Forces Ban«, in: *Defense News* (online), 16.12.2005; Sian Powell, »Kopassus Claims Cloud War Games«, in: *The Australian* (online), 20.1.2006; »Kopassus Troops Train in Australia«, *AAP*, 1.3.2006, <www.etan.org/et2006/march/01/01kopas.htm>.
82 Vgl. »Gemeinsames Militärmanöver Australiens und Indonesiens«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 15.4.2005, S. 6.
83 Vgl. Bruce Vaughn, *Australia, Background and U.S. Relations*, Washington, D.C.: Congressional Research Service, April 2006, S. 12.
84 Vgl. David Nason, »Jakarta Backs Diggers on Former Turf«, *The Australian* (online), 29.5.2006.
85 Vgl. Patrick Walters, »PM Takes the Helm in the Region«, in: *The Australian* (online), 17.5.2006.
86 Vgl. David Nason, »Australia Must Retain Timor Role: Downer«, in: *The Australian* (online), 17.8.2006; Mark Dodd, »Stalemate over Troubled Nation«, in: *The Australian* (online), 17.8.2006.
87 Vgl. <www.defence.gov.au/opastute/default.htm>.

Krise als nicht handlungsfähig erwies.[88] Bemerkenswerterweise hielten sich die südostasiatischen Staaten anders als 1999 diesmal mit Kritik am australischen Vorgehen zurück.

Five Powers Defence Arrangements (FDPA)

Durch eine Belebung der seit 1971 bestehenden Five Powers Defence Arrangements (FDPA) mit Neuseeland, Malaysia, Singapur und Großbritannien bemüht sich die australische Regierung, die maritime Sicherheit in Südostasien zu erhöhen. Neben einer gemeinsamen integrierten Luftverteidigung auf dem malaysischen Luftwaffenstützpunkt Butterworth unter dem Kommando eines australischen Offiziers gibt es gemeinsame Patrouillen und Seemanöver.

Seit 2003 hat sich der Fokus der FDPA auf terroristische und nicht-militärische Risiken erweitert. Die Mitglieder vereinbarten 2003, Informationen zur Terrorismusbekämpfung auszutauschen, und richten ihr Augenmerk bei ihren Luft- und Seemanövern im Südchinesischen Meer seit 2004 auch auf nicht-konventionelle Gefährdungen wie maritimen Terrorismus, Piraterie und Menschenschmuggel. Auf dem Ministertreffen im gleichen Jahr wurde zudem verabredet, bei den Übungen verstärkt zivile Behörden einzubeziehen.[89] In einem groß angelegten Manöver im September/Oktober 2004 wurde erstmals die gemeinsame Terrorbekämpfung im Südchinesischen Meer trainiert. Beteiligt waren 27 Schiffe, 74 Flugzeuge und 3000 Soldaten. Auf ihrem jüngsten Treffen im Juni 2006 verständigten sich die FDPA-Verteidigungsminister auf den Aufbau gemeinsamer Fähigkeiten für Einsätze im Bereich humanitärer Krisen und Katastrophenhilfe. Im September 2007 wird das bisher größte teilstreitkräfteübergreifende Manöver zur Verbesserung der Interoperabilität stattfinden.[90]

Die FDPA konzentrieren sich auf praktische militärische Kooperation, und darin liegt aus australischer Sicht ihr Vorteil. Die in Südostasien einzigartige integrierte militärische Struktur macht eine direkte Zusammenarbeit der singapurischen und malaysischen Streitkräfte möglich und bildet eine Basis für den Ausbau ihrer militärischen Fähigkeiten. Australien sichert sich im Rahmen der FDPA Stützpunkte in Singapur und nutzt diese beispielsweise zu Seeaufklärungsflügen. Die Einbeziehung der nicht-konventionellen Gefährdungen fördert wiederum die Stabilität in der Region, ein Faktor, der für Australien schon wegen der SLOCs von besonderer Bedeutung ist.[91] Indonesien könnte künftig Beobachterstatus erhalten und dadurch enger in die regionale Sicherheitsarchitektur eingebunden werden.

Singapur und die Philippinen

Mit Singapur verbindet Australien schon lange eine bilaterale Verteidigungskooperation, und im Hinblick auf Südostasien dürfte der Stadtstaat für Canberra der verlässlichste verteidigungspolitische Partner werden. Die dortige Regierung teilt eine ähnliche Bedrohungswahrnehmung und sucht zudem seit 2001 verstärkt die Anbindung an Australiens amerikanischen Bündnispartner. De facto ist das Land mittlerweile zu einem Verbündeten der USA geworden.[92]

Die bilateralen verteidigungspolitischen Aktivitäten Australiens und Singapurs konzentrieren sich zum einen auf die Ausbildung singapurischer Piloten auf dem Luftwaffenstützpunkt Pearce Base in Westaustralien sowie auf militärische Trainingsmöglichkeiten

88 Vgl. Jochen Buchsteiner, »Das kleine Amerika. Auf dem ›Übungsfeld‹ Osttimor betreibt Australien Hinterhofpolitik«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (online), 25.8.2006.
89 Vgl. Damon Bristow, »The Five Power Defence Arrangements. Southeast Asia's Unknown Regional Security Organization«, in: *Contemporary Southeast Asia*, 27 (2005) 1, S. 1–20.
90 Vgl. Robert Karniol, »FDPA Countries Agree to Step-up Disaster Relief Readiness«, in: *Jane's Defence Weekly*, 21.6.2006, S. 16.

91 Vgl. Carlyle A. Thayer, *The Five Power Defence Arrangements: The Quiet Achiever*, Paper presented at the 1st Berlin Conference on Asian Security, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, 13.–15.9.2006.
92 De jure noch nicht, dennoch ist Singapur militärisch der wichtigste Partner für die USA in Südostasien. Singapur betrachtet die amerikanische Präsenz im asiatisch-pazifischen Raum als essentiell für die eigene Sicherheit und schätzt die Bedrohungslage ähnlich ein. In Singapur befindet sich das logistische Hauptquartier der Siebten Flotte der US Navy (COMLOG WESTPAC), die Changi Naval Base ist Anlaufstelle für amerikanische Flugzeugträger, und der Stadtstaat beteiligt sich sehr aktiv an der Proliferation Security Initiative (PSI) sowie der Container Security Initiative (CSI), vgl. Anthony L. Smith, »Singapore and the United States 2004–2005: Steadfast Friends«, in: Satu P. Limaye (Hg.), *The Asia-Pacific and the United* States 2004–2005, Honolulu: The Asia-Pacific Center for Security Studies (APCSS), April 2005 (Special Assessment Series), <www.apcss.org/Publications/SAS/APandtheUS/SmithSingapore2.pdf> (15.7.2006). Im Juli 2005 unterzeichneten Washington und Singapur das sogenannte Singapore–U.S. Strategic Framework Agreement, das die verteidigungspolitischen Beziehungen noch intensivieren soll.

für die singapurischen Streitkräfte. Im Februar 2006 trat ein neues Abkommen in Kraft, das Singapur den Zugang zu dem australischen Militärübungsgelände in Shoalwater Bay sichert. Zum anderen wurde die Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung auf See sowie bei den Bemühungen um Eindämmung der Weiterverbreitung von ABC-Waffen und ihrer Trägertechnologien verstärkt.[93] Seemanöver auf Kommandoebene sowie die Teilnahme Australiens an der von Singapur ausgerichteten Übung »Deep Sabre« im Rahmen der Proliferation Security Initiative (PSI) im August 2005 sind Teil dieser Anstrengungen.

Auch zu den Philippinen hat Canberra seine verteidigungspolitischen Beziehungen intensiviert. Der Inselstaat ist Rückzugsgebiet für Aktivitäten islamistischer Extremisten, eine Tatsache, die umso bedrohlicher ist, als über 40 Prozent des australischen Seehandels die engen Wasserstraßen der Philippinen passieren. Canberra ist daher nach den USA zum zweitgrößten Unterstützer bei der Ausbildung philippinischer Soldaten geworden. Im März 2003 unterzeichneten beide Seiten eine Vereinbarung zur Terrorismusbekämpfung, im August 2005 verabredeten sie ressortübergreifende Konsultationen hochrangiger Regierungsbeamten zu diesem Zweck. Im Juli 2003 schlossen die Regierungen beider Staaten ein Abkommen zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität durch Zusammenarbeit der nationalen Polizeibehörden. Außerdem hilft Canberra Manila, seine Häfen sicherer zu machen.

Wie ernst die australische Regierung die Sicherheitslage auf den Philippinen nimmt, zeigen jüngste Medienberichte, nach denen australische Spezialstreitkräfte seit einiger Zeit mit amerikanischen Spezialstreitkräften und philippinischen Soldaten im Süden des Landes verdeckt gegen Terroristen vorgehen. Damit verstoßen sie gegen philippinisches Recht. Die Enthüllungen könnten die laufenden Verhandlungen über ein sogenanntes Status of Forces Agreement (SOFA) gefährden, das australischen Truppen die Teilnahme an gemeinsamen Militärübungen auf philippinischem Territorium ermöglichen würde.[94] Das Beispiel unterstreicht jedoch die Bereitschaft Australiens, seine Streitkräfte im Kampf gegen die neuen Bedrohungen in Südostasien aktiver einzusetzen.

Nordostasien: Trilaterale Achse Canberra–Washington–Tokio?

In Nordostasien hat Australien die veränderten regionalen Großmachtbeziehungen zwischen den USA, China und Japan im Auge. Neben der bereits erwähnten Herausforderung, die Bündnisinteressen mit dem Ziel stabiler Beziehungen zu China zu vereinbaren, stellt sich für Canberra die Aufgabe, die Sicherheitsbeziehungen mit seinem wichtigsten Handelspartner Japan zu verbessern. Beide Seiten teilen Interessen in Südostasien und im Südpazifik. Zudem ist Japan der wichtigste Verbündete der USA in Nordostasien. Premierminister Howard und sein japanischer Amtskollege Koizumi vereinbarten daher im Mai 2002 eine engere Zusammenarbeit im Hinblick auf regionale wie auf globale Probleme.[95]

Gleichwohl sind den bilateralen Sicherheits- und Verteidigungsbeziehungen nicht zuletzt aufgrund der in Japan existierenden verfassungsrechtlichen Hürden für den Streitkräfteeinsatz sowie Vorbehalten asiatischer Staaten gegen eine zu starke sicherheitspolitische Involvierung des Landes Grenzen gesetzt. Folglich lassen sich Fortschritte in diesem Bereich eher in einem multilateralen Rahmen erzielen,[96] etwa durch die 2002 initiierten trilateralen Sicherheitsgespräche zwischen Australien, den USA und Japan, die eine engere Abstimmung bei regionalen und globalen Sicherheitsfragen ermöglichen sollen.

Im Mai 2005 kündigte US-Außenministerin Rice eine Aufwertung dieser Gespräche auf Ministerebene an. Diese Erklärung erfolgte vor dem Hintergrund einer deutlichen Verschlechterung des japanisch-chinesischen Verhältnisses. Außerdem hatte die Howard-Regierung sich entschieden, japanische Streitkräfte im Irak mit eigenen Einheiten zu schützen, und

93 Vgl. Alexander Downer, Minister for Foreign Affairs and Trade/Mark Vaile, Deputy Prime Minister and Minister for Trade/Senator Robert Hill, Minister for Defence, *Australia and Singapore Conclude a Successful Ministerial Meeting*, 23.8.2005, <www.foreignminister.gov.au/releases/2005/joint_vaile_hill_230805.html>.

94 Vgl. Emma-Kate Symons, »SAS Terror Hunt Risks Manila Pact«, in: *The Australian* (online), 16.10.2006; »Philippines, Australia to Sign Pact for Joint Military Exercises«, in: *Defensse News* (online), 9.5.2006; »Army to Train in the Philippines«, in: *The Australian* (online), 26.5.2006.

95 Vgl. *Joint Statement with Prime Minister Koizumi: Australia-Japan Creative Partnership*, 1.5.2002, <www.pm.gov.au/news/media_releases/2002/media_release1623.htm> (22.9.2006).

96 Vgl. Yoichiro Sato, »Japan-Australia Relations: Friends But Not Allies«, in: Sati Limaye (Hg.), *Asia's Bilateral Relations*, Honolulu: Asia Pacific Center for Security Studies, 2004 (Special Assessment Series), <www.apcss.org/Publications/SAS/AsiaBilateralRelations/Japan-AustraliaRelationsSato.pdf>.

damit ihrem Interesse an einer regional wie global aktiveren sicherheitspolitischen Rolle Japans Ausdruck verliehen.[97]

Den trilateralen Unterredungen fehlt allerdings noch eine klare strategische Zielsetzung.[98] Dies gilt in erster Linie für das sicherheitspolitische Verhältnis zu China. Während die USA und insbesondere Japan die militärpolitische Entwicklung Pekings mit Skepsis betrachten, steht für Australien die Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen im Vordergrund. Canberra möchte daher den Eindruck vermeiden, dass die trilateralen Sicherheitsgespräche als Gegengewicht zu Pekings wachsendem regionalen Einfluss zu verstehen seien.[99] Die trilaterale »Achse« dürfte sich also vornehmlich auf konkrete Themen ohne zu starke politische Signalwirkung – zum Beispiel eine engere Abstimmung im Bereich der ballistischen Raketenabwehr – konzentrieren statt auf traditionelle Allianzstrategien wie Abschreckung oder Eindämmung. Aus australischer Sicht steht die strategische Rückversicherung gegen eine mögliche Verschlechterung der Sicherheitslage in Asien-Pazifik im Vordergrund.[100]

Der Blick auf die australische Sicherheitspolitik im Südpazifik und in Südostasien zeigt, dass Canberra trotz seiner seit 2001 zu beobachtenden Bereitschaft zu aktiverem Engagement unter Einschluss militärischer Mittel nicht, wie vielfach insinuiert, zum amerikanischen Lakaien geworden ist. Im Südpazifik ist Australien traditionell Ordnungsmacht. Die Kritik an der Interventionspolitik Australiens beispielsweise gegenüber den Salomonen[101] übersieht erstens, dass sowohl die pazifischen als auch die südostasiatischen Staaten bisher nicht willens oder in der Lage waren, sich in gleichem Maße an der Stabilisierung der Region zu beteiligen,[102] und zweitens, dass Canberra auch weiterhin vorrangig nicht-militärische Instrumente zu diesem Zweck einsetzt.

In Südostasien sind die bilateralen Beziehungen auch mit bisher schwierigen Partnern wie Malaysia derzeit durch Entspannung und vertiefte Kooperation gekennzeichnet.[103] Hinsichtlich der maritimen Zusammenarbeit, um nicht-konventionellen Bedrohungen und Risiken wie Terrorismus und Piraterie zu begegnen, wird Australien seine Rolle als bilateral gut vernetzter und multilateral über die FDPA eingebundener externer Akteur dann ausbauen können,[104] wenn es seine Zurückhaltung in sensiblen Fragen der inneren Entwicklung südostasiatischer Staaten beibehält. Die pragmatische Außen- und Sicherheitspolitik der Howard-Regierung scheint dafür prädestiniert zu sein.

97 Vgl. Dibb, *U.S.-Australian Alliance Relations* [wie Fn. 1].
98 Vgl. Dan Blumenthal, »Strengthening the U.S.-Australian Alliance: Progress and Pitfalls«, in: *Asian Outlook* (The American Enterprise Institute, Washington, D.C.), (April–Mai 2005).
99 Vgl. »US, Australia, Japan Focus on China's Growing Might in Security Talks«, in: *AFP* (online), 15.3.2006.
100 Vgl. Anna Searle/Ippei Kamae, »Anchoring Trilateralism: Can Australia-Japan-US Security Relations Work?«, in: *Australian Journal of International Affairs*, 58 (Dezember 2004) 4, S. 464–478 (468).
101 Siehe beispielsweise Andreas Holtz, »Unruhe in Australiens ›Hinterhof‹. Die Intervention auf den Salomonen dient eigennützigen Zwecken«, in: *Internationale Politik*, (Juli 2006), S. 108–114.
102 Vgl. »Policing the Pacific«, in: *The Economist*, 1.6.2006.
103 Vgl. Michael Knipe, »Partners Back on Track«, in: *The Australian* (online), 15.6.2006.
104 Vgl. »From Talking to Doing: Military Co-operation Takes Shape«, in: *The Economist*, 8.6.2006; »Australian Defence Capabilities. A Wise Boost?«, in: *Strategic Comments* (International Institute for Strategic Studies, London), 12 (August 2006) 7.

Die Transformation der australischen Streitkräfte

Die bereits mehrfach angesprochene Zielsetzung einer regional wie global aktiveren Sicherheits- und Verteidigungspolitik schlägt sich auch in der australischen Streitkräfteplanung nieder. Die Howard-Regierung leitete den umfassendsten Umbau der australischen Streitkräfte (ADF) seit den 1960er Jahren ein.[105] Dadurch sollen die Fähigkeiten der ADF zur regionalen und globalen Krisenintervention innerhalb des nächsten Jahrzehnts signifikant erhöht, die Interoperabilität mit dem amerikanischen Bündnispartner für weltweite Einsätze sichergestellt und im Südpazifik und in Südostasien eine autonome militärische Handlungsfähigkeit erreicht werden.[106]

Überholt ist damit das bis Ende der 1990er Jahre geltende Paradigma, die Streitkräfte hauptsächlich auf die Verteidigung des nationalen Territoriums (Defence of Australia) auszurichten. Nun stehen die Planungen für die territoriale Verteidigung und für Auslandseinsätze gleichrangig nebeneinander. Referenzpunkt der Transformation ist der amerikanische Bündnispartner.[107] Welche Schwerpunkte werden gesetzt, und wie stehen die Chancen auf Umsetzung der ehrgeizigen Ziele?

Neue Rolle für das Heer

Von allen Teilstreitkräften ist das australische Heer von den Veränderungen am stärksten betroffen. Bislang allein auf Landesverteidigung angelegt, muss es nun in eine moderne Interventionsstruktur überführt werden. Nicht zuletzt der Osttimor-Einsatz von 1999 hatte die mangelhafte Struktur und Ausrüstung des Heeres für regionale Einsätze in Brigadestärke (3000 Mann) demonstriert. Erste Weichen in Richtung Anpassung an die operative Wirklichkeit sind bereits gestellt.

Dies betrifft beispielsweise die Einsatzkonzeption. Noch im Jahr 2000 sollte das Heer im Ausland nur bei Konflikten von niedriger Intensität eine Rolle spielen; jetzt soll es für Einsätze in komplexem, urbanem Gebiet und für die Beteiligung an Koalitionsoperationen in Konflikten von mittlerer Intensität optimiert werden.[108] Darüber hinaus sieht das neue Konzept »Maneuver Operations in the Littoral Environment« (MOLE) von 2003 nicht nur die Beherrschung des gesamten Intensitätsspektrums vor, sondern betont das operative Zusammenspiel mit der Marine im Küstenvorfeld. Dies zeigt, dass sich das Heer sowohl auf regionale Einsätze als auch auf Beteiligungen an robusten Operationen mit dem amerikanischen Verbündeten einstellt.

Das wird auf der Ebene der Streitkräftestruktur ebenfalls deutlich. Es ist geplant, die Gesamtstärke der mit ungefähr 26 000 Mann relativ kleinen Landstreitmacht innerhalb der nächsten zehn Jahre auf mehr als 30 000 zu erhöhen. Anfang 2006 wurde ein Aufwuchs von 1458 Mann beschlossen,[109] Ende August 2006 kündigte Premierminister Howard den mit geschätzten Gesamtkosten von 6 Milliarden Euro verbundenen Aufbau von zwei leichten Infanteriebataillonen mit insgesamt 2600 Mann an. Das erste soll bereits 2010 einsatzbereit sein. Diese Truppen sind in erster Linie für Stabilisierungseinsätze wie in Osttimor und auf den Salomonen vorgesehen.[110] Die Zahl der einsatzfähigen Bataillone des Heeres steigt damit von sechs auf acht, ihre Gesamtstärke erreicht mit den mehr als 30 000 Mann den höchsten Stand seit dem

105 Vgl. Mark Dodd, »Tall Order to Fund Defence«, in: *The Australian* (online), 24.8.2006.
106 Vgl. John Howard, Prime Minister of Australia, *A Stronger Army* [wie Fn. 62]; »Australia Boosts Military in Face of ›Regional Destabilization‹«, in: *Defense News* (online), 24.8.2006.
107 Vgl. Senator Robert Hill, Minister for Defence, *Australia's Defence and Security: Challenges and Opportunities at the Start of the 21st Century*, Canberra: Australian Strategic Policy Institute, (Inaugural International Conference 2005), 14.9.2005, <www.minister.defence.gov.au/HillSpeechtpl.cfm?CurrentId=5104>; Senator Robert Hill, Minister for Defence, *Beyond the White Paper: Strategic Directions for Defence*, Address to Defence and Strategic Studies Course, Australian Defence College, Canberra, 18.6.2002, <www.minister.defence.gov.au/HillSpeechtpl.cfm?CurrentId=1605>.

108 Vgl. Mark Thomson, *Crunch Time: Planning Australia's Future Defence Force*, Barton ACT: Australian Strategic Policy Institute, November 2005 (Strategic Insights Nr. 20), S. 4–6.
109 Vgl. dazu <www.defence.gov.au/army/HNA/default2.htm>.
110 Vgl. John Howard, Prime Minister, *A Stronger Army* [wie Fn. 62]; Andrew Fraser/Max Blenkin, »$10b Plan to Lift Army by 2600 Troops«, in: *Canberra Times* (online), 25.8.2006.

Vietnamkrieg.[111] Damit würde auch die bereits im Jahr 2000 ausgegebene Zielsetzung erfüllt werden, eine durchhaltefähige 3000 Mann starke Brigade entsenden und gleichzeitig ein 800 Mann starkes Bataillon vorhalten zu können.[112] Außerdem wird ein Fallschirmjägerbataillon zu einer mechanisierten Kampfgruppe aus 1200 Mann plus Unterstützungspersonal sowie leichten und mittelschweren Fahrzeugen umgebaut. Vorbild sind die derzeit in Irak eingesetzten Kräfte.[113] Das Heer verfügt also künftig nicht nur über zwei mechanisierte Bataillone, sondern kann sich insgesamt in robusten Stabilisierungsoperationen wie in Osttimor, Irak oder Afghanistan besser behaupten.

Auch die Einheiten der Reserve erhalten eine neue Rolle. Eine neu gebildete Einheit mit hoher Einsatzbereitschaft soll in Operationen der aktiven Einheiten integriert werden können.[114] Zudem werden die Spezialstreitkräfte des Heeres, der sogenannte Special Air Service (SAS), gestärkt. Der SAS hat bereits in Afghanistan und Irak die Hauptlast der Einsätze getragen. Nun werden diese Kräfte um 300 Mann erhöht und in den kommenden Jahren weiter optimiert.[115]

Auf der Ebene der Beschaffungsprogramme zielt das »Hardened and Networked Army (HNA)«-Programm darauf, die Vernetzung und Durchschlagskraft der Landstreitkräfte zu verbessern. Dazu werden nach bisheriger Planung 900 Millionen Euro bereitgestellt.[116] Ein Teil der Gelder fließt in ein neues digitales Informations- und Kommunikationssystem, das von allen Teilstreitkräften genutzt werden kann.[117] Ein zweiter Schwerpunkt ist die Kampfwertsteigerung der schweren gepanzerten Kräfte. Vor dem Hintergrund der Irak-Erfahrungen entschloss sich die Regierung 2003, für umgerechnet 330 Millionen Euro die veralteten Kampfpanzer vom Typ Leopard A1 durch insgesamt 59 US-amerikanische Modelle vom Typ Abrams M1A1 zu ersetzen und ab 2007 eine schnell verlegbare mechanisierte Brigade damit auszustatten. Die neuen Panzer bieten nicht nur einen hohen Schutz gegen moderne, raketengetriebene Panzerabwehrgranaten, sondern ermöglichen künftig auch das Zusammenspiel mit amerikanischen Landstreitkräften. Abgerundet wird die stärkere Orientierung auf Auslandseinsätze durch den Erwerb hochmoderner, bewaffneter Aufklärungshubschrauber vom Typ Tiger sowie mittelschwerer Transporthubschrauber vom Typ MRH-90 (NH-90).

Diese Entscheidung zugunsten europäischer Modelle, für die Australien umgerechnet 1,2 Milliarden Euro aufwenden will[118], verweist im Übrigen auf das Potential Australiens als Absatzmarkt europäischer Rüstungsgüter. Denn der australische Rüstungsmarkt wird sich verstärkt dem internationalen Wettbewerb öffnen und dabei auch nicht-amerikanische Produkte berücksichtigen. Während bei Waffensystemen und hochmodernen Vernetzungstechnologien, die eng in die militärischen Führungssysteme für Koalitionsoperationen mit den USA integriert werden, weiterhin ausschließlich amerikanische Produkte beschafft werden dürften, gilt dies nicht für Systeme wie Transport- und Aufklärungshubschrauber und anderes militärisches Gerät.[119]

Ausbau maritimer Machtprojektion

Die Marine (Royal Australian Navy, RAN) wird innerhalb des nächsten Jahrzehnts ihre Fähigkeiten zur Machtprojektion deutlich erhöhen. Dies ist aus Sicht der Regierung notwendig, um die Landstreitkräfte künftig in größerer Zahl zum Einsatz bringen zu können.[120] Folglich wurde ein ambitioniertes Programm zur Entwicklung zweier mittelgroßer amphibischer Mehrzweckschiffe (Landing Helicopter Dock, LHD) und

111 Vgl. Mark Dodd, »Two Bataillons to Boost Army to Viet Strength«, in: *The Australian* (online), 24.8.2006.
112 Vgl. Patrick Walters, »Howard to Boost Army to 30,000«, in: *The Australian* (online), 15.8.2006; »Hill Points to a Bigger, Stronger Army«, in: *The Australian* (online), 15.12.2005.
113 Vgl. »Army Plans for Foreign Deployment«, in: *The Australian* (online), 15.12.2005.
114 Vgl. Mark Dodd, »PM to Unveil ›Significant‹ Boost to Army«, in: *The Australian* (online), 24.8.2006.
115 Vgl. Gregor Ferguson, »Australian Forces Doubles in Size«, in: *Defense News* (online), 6.5.2006.
116 Mark Thomson, *The Cost of Defence: ASPI Defence Budget Brief 2006–07*, Barton ACT: The Australian Strategic Policy Institute, Mai 2006, S. vi. Eine genaue Übersicht über das HNA-Programm findet sich unter <www.defence.gov.au/army/HNA/default.htm>.
117 Vgl. Department of Defence, *Defence Capability Plan, 2006–2016*, Canberra 2006, S. 80, <www.defence.gov.au/dmo/id/dcp/DCP_2006_16.pdf>.
118 Vgl. *Australia to Quadruple Order for European Helicopters*, in: Defense News (online), 19.6.2006.
119 Vgl. Mark Thomson, »Competition in Australian Defence Procurement«, in: Committee for Economic Development of Australia (CEDA), *The Business of Defence: Sustaining Capability*, Melbourne 2006 (CEDA Growth-Report, Nr. 57), S. 32–39.
120 Vgl. Senator Robert Hill, Minister for Defence, *Keynote Address at the 2004 ADM Conference*, National Convention Centre, Canberra, 24.2.2004, <www.minister.defence.gov.au/HillSpeechtpl.cfm?CurrentId=3560>.

eines neuen Schiffs für den strategischen Seetransport aufgelegt. Jedes dieser LHDs wird ein Gewicht von 25 000 Tonnen und ein Fassungsvermögen von mindestens sechs Hubschraubern, vier Landungsbooten sowie bis zu 1000 Mann haben. Geplant ist, die Mehrzweckschiffe bis 2017 in Betrieb zu nehmen. Das erste soll bereits 2010 fertig sein.[121]

Damit wird die amphibische Kapazität der Marine die ursprünglichen Planungen aus dem Jahr 2000 deutlich übertreffen. Diese sahen vor, die drei derzeit im Dienst befindlichen, relativ kleinen amphibischen Transportschiffe (Landing Platform Amphibious, LPA) durch höchstens 12 000 Tonnen schwere Schiffe zu ersetzen. Nun verfügt Australien perspektivisch über eine im Südpazifik und in Südostasien unangefochtene Fähigkeit zur maritimen Machtprojektion, zumal dann, wenn sich die Streitkräfte für eine Senkrechtstartvariante des neuen Kampfflugzeugs Joint Strike Fighter (JSF) entscheiden, die von den LHDs aus operieren kann. Das Verteidigungsministerium prüft diese Option bereits.[122]

Abgesichert werden soll die amphibische Kampfgruppe ab 2013 durch drei neue Flugabwehrzerstörer, die ebenfalls in australischen Werften entwickelt und gebaut werden sollen. Ursprünglich hatte die Marine kleinere, europäische Modelle (die deutsche Fregatte 125 und die spanische F-100) als Ausgangspunkt der Eigenentwicklung in Betracht gezogen; inzwischen wird jedoch die wesentlich größere amerikanische Arleigh Burke-Klasse als Designvorlage erwogen. Diese Zerstörer könnten mit weit reichenden amerikanischen Tomahawk-Marschflugkörpern ausgestattet werden.[123] Ohnehin werden die neuen Schiffe, wie in anderem Zusammenhang bereits erwähnt, mit dem amerikanischen Aegis-Feuerleitsystem ausgerüstet, damit sie als Komponenten für eine gemeinsam mit den USA betriebene seegestützte ballistische Raketenabwehr tauglich sind.[124] Schließlich werden die Fregatten der ANZAC-Klasse und die dieselbetriebenen U-Boote der Collins-Klasse in ihrem Kampfwert gesteigert.

Strategische Fähigkeiten für die Luftwaffe

Auch die Luftwaffe (Royal Australian Air Force, RAAF) hat Beschaffungsprogramme auf den Weg gebracht, die sowohl eine eigenständigere Handlungsfähigkeit bei regionalen Einsätzen herstellen als auch die Anschlussfähigkeit bei internationalen Koalitionsoperationen gewährleisten sollen. Deutlichstes Zeichen für den Wunsch nach größerer militärisch-operativer Flexibilität ist der Erwerb von vier strategischen Lufttransportmaschinen vom Typ Boeing C-17 Globemaster III. Damit kann die Luftwaffe erstmals nicht nur schwere Kampfpanzer, sondern auch größere Truppenteile, mittelschwere Fahrzeuge und Hubschrauber über große Distanzen verlegen.[125]

Die bereits erwähnte Beschaffung von 100 JSF-Kampfflugzeugen als Ersatz – ab 2015 – für die veralteten Kampfflugzeuge vom Typ F-111 und F/A-18 ist die prestigeträchtigste und teuerste Entscheidung. Mit den JSF verfügt die australische Luftwaffe langfristig über das modernste Kampfflugzeug der Welt und untermauert so ihre regionale Vormachtstellung in diesem Bereich. Bewaffnet werden die Maschinen mit modernsten amerikanischen Luft-Boden-Marschflugkörpern vom Typ AGM-158.[126]

Der Kauf von mindestens fünf multirollenfähigen Tankflugzeugen vom Typ Airbus A330 dient ebenfalls dazu, die Fähigkeit zur regionalen Machtprojektion auszubauen. Dank dieser Tankflugzeuge lassen sich Kampfflugzeuge in der Luft betanken, was deren Operationsradius deutlich vergrößert.[127] Zudem sollen bis 2008 sechs hochmoderne luftgestützte Frühwarnsysteme (Airborne Early Warning and Control; AEW&C) im Rahmen des sogenannten Wedgetail-Projekts beschafft werden, allerdings deuten sich hier bereits zeitliche Verzögerungen an.[128] Die Luftwaffe

121 Vgl. Ian Bostock, »Offshore Interests«, in: *Jane's Defence Weekly*, 25.1.2006, S. 22–27 (25–26). Bezugsgröße für die neuen LHDs sind dabei die französische MISTRAL-Klasse und die spanische »Buque Proyeccion Estrategica«(BPE)-Klasse.
122 Vgl. Thomson, *Crunch Time* [wie Fn. 108].
123 Vgl. Aldo Borgu/Mark Thomson, *Reviewing the Defence Capability Plan 2004–14: The Good, the Bad and the Ugly*, Barton ACT: Australian Strategic Policy Institute, Februar 2004 (ASPI Strategic Insight); Bostock, »Offshore Interests« [wie Fn. 121], S. 26.
124 Vgl. »Australia Chooses Aegis Radar for New Destroyer«, in: *Defense News* (online), 23.8.2004.
125 Vgl. Steve Creedy, »ADF Signs up for Giant Cargo Plane«, in: *The Australian* (online), 4.3.2006.
126 Vgl. Cameron Stewart, »Missile Purchase to Upset the Region«, in: *The Australian* (online), 1.3.2006.
127 Zur Illustration: Mit einmaliger Luftbetankung könnte die RAAF mit dem JSF und der JASSM Ziele bis Thailand bekämpfen, mit mehrmaliger Luftbetankung Ziele im gesamten asiatisch-pazifischen Raum.
128 Mark Dodd, »Delays for RAAF Aircraft Soar«, in: *The Australian* (online), 29.8.2006. Das US-amerikanische System basiert auf einem Flugzeug vom Typ Boeing 737–700 und wird in Australien für die spezifischen Bedürfnisse der RAAF modifiziert.

investiert in maritime Aufklärung- und Überwachung, indem sie 18 kampfwertgesteigerte Seeüberwachungsflugzeuge vom Typ AP-3C-Orion wieder in Betrieb nimmt und unbemannte Flugroboter (Unmanned Aerial Vehicle, UAV) vom Typ Global Hawk für die Langstreckenaufklärung aus großer Flughöhe erwirbt. Und was die taktische Luftverlegefähigkeit angeht, so ist ab 2010 der Ersatz der veralteten Maschinen vom Typ Caribou durch den sogenannten Battlefield Airlifter (BFA) geplant.[129]

Finanzierung offen

Sollten die Programme wie beschrieben umgesetzt werden, werden die australischen Streitkräfte in zehn Jahren über alles verfügen, was für eine verbesserte regionale und globale Interventionsfähigkeit notwendig ist. Fraglich ist allerdings die Finanzierung der Vorhaben. Zwar hat die Regierung Howard seit dem Jahr 2000 aufgrund der guten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erhebliche Summen in die Verteidigung investiert und den Verteidigungshaushalt jährlich um drei Prozent erhöht, eine Steigerung, die bis mindestens 2010 fortgesetzt werden soll. Für das kommende Haushaltsjahr 2007 werden umgerechnet 11,7 Milliarden Euro für Verteidigung ausgegeben, was sogar einer realen Steigerung von acht Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Es ist der höchste jährliche Zuwachs seit 1967, dem Höhepunkt des australischen militärischen Engagements in Vietnam.[130]

Dennoch ist offen, ob die im Rahmen des »Defence Capability Plan 2006-16« von 2006 für die nächsten zehn Jahre anvisierten 30,6 Milliarden Euro für neue Rüstungsprojekte,[131] Betriebs- und Personalkosten nicht eingerechnet, aufgebracht werden können. Das gilt insbesondere dann, wenn die Verteidigungsausgaben weiterhin nur 1,9 Prozent des Gesamthaushaltes ausmachen sollten. Bereits seit längerem hat das Verteidigungsministerium mit Kostensteigerung bei der Entwicklung neuer Waffensysteme zu kämpfen. Im sogenannten Kinnaird Report, einem Untersuchungsbericht von 2003, heißt es, die Entwicklungskosten für die meisten Programme seien schon in den Planungen von 2000 viel zu niedrig angesetzt worden und mittelfristig nicht zu finanzieren.[132] Zwar wurden seitdem Projekte eingestellt, und zwei ältere Lenkwaffenfregatten und das Kampfflugzeug F-111 werden voraussichtlich frühzeitig ausgemustert. Wirkliche finanzielle Entlastungen entstehen dadurch jedoch kaum. Die Kosten für die neuen, größeren Schiffe werden die prognostizierten übertreffen, zumal sie in Australien gebaut werden sollen und damit erfahrungsgemäß teurer werden als geplant.[133]

Auch die Programme der Luftwaffe werden kostspieliger werden. Der JSF wird vermutlich nicht wie geplant 2013, sondern frühestens 2017/18 in Betrieb genommen werden. Damit verzögert sich die für 2010 avisierte Außerdienststellung der F-111 bis mindestens 2013, zumal es bei der Kampfwertsteigerung der als Interimslösung gedachten F-18-Kampfflugzeuge Probleme zu geben scheint. Das geht nicht nur ins Geld, sondern beeinträchtigt im ungünstigsten Fall temporär auch die Kampffähigkeit.[134] Außerdem wird die Luftwaffe wegen der steigenden Entwicklungskosten statt der projektierten 100 JSF-Maschinen vermutlich nur 50 bis 80 Flugzeuge kaufen können.

Hinzu kommen die Betriebskosten. Wenn dafür nicht ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, sind neue Waffensysteme und Plattformen nur bedingt nützlich. In den bisherigen Finanzplanungen fehlen aber beispielsweise die beachtlichen Betriebskosten für die neuen strategischen Transportflugzeuge, und der insgesamt für die Einsatzbereitschaft und Durchhaltefähigkeit wichtige Bereich der Logistik ist gegenwärtig unterfinanziert und droht es auch zu bleiben.[135] Spätestens wenn 2008/09 eine Reihe neuer Rüstungsprojekte zum Kauf ansteht, könnte die von Experten prognostizierte Finanzierungslücke unübersehbar werden und teilweise erhebliche Verzögerungen oder Stückzahlreduzierungen nach sich ziehen. Da nicht nur die Anschaffungs-, sondern auch die Personal- und Betriebskosten steigen, werden diese Bereiche stärker gegeneinander abgewogen werden müssen. Den Verteidigungshaushalt wird all dies zusätzlich unter Druck setzen.

129 Vgl. Bostock, »Offshore Interests« [wie Fn. 121], S. 27.
130 Vgl. Mark Thomson, »More Spending Is Inevitable Despite Commitment Hike«, in: *The Australian* (online), 27.5.2006.
131 Vgl. Department of Defence, *Defence Capability Plan* [wie Fn. 117]; Gregor Ferguson, »Australia Unveils 10-Year Defense Procurement Plan«, in: *Defense News* (online), 26.6.2006.
132 Vgl. Ministry of Defence, *Defence: Procurement Review*, Canberra 2003, <www.defence.gov.au/publications/dpr180903.pdf>.
133 Vgl. Borgu/Thomson, *Reviewing the Defence Capability Plan 2004–14* [wie Fn. 123], S. 10–11; »Australia Faces Cost Pressures on Destroyer Design«, in: *Jane's Defence Weekly*, 20.9.2006, S. 17.
134 Vgl. Cameron Stewart, »JSF Delay May Weaken Defences«, in: *The Australian* (online), 25.8.2006.
135 Vgl. Thomson, »More Spending« [wie Fn. 130].

Personalprobleme

Zum größten Problem dürfte jedoch der Mangel an qualifiziertem Personal werden. Betroffen sind davon in erster Linie das Heer und die Marine. Entgegen der ausgegebenen Zielsetzung hat sich Zahl der aktiven Streitkräfte seit 2003 de facto verringert: Nicht zuletzt wegen der steigenden Belastungen im Auslandseinsatz und der starken Konkurrenz mit der Privatwirtschaft wurde das Plansoll für das Jahr 2006 bereits um 1500 Mann unterschritten. Auch im nächsten Jahr rechnen Heer und Marine mit sinkenden Rekrutierungs- und Weiterverpflichtungszahlen.[136] Wie ernst das Problem ist, lässt sich unter anderem daran ablesen, dass die Heeresführung Vorschläge zur deutlichen Senkung der Rekrutierungsstandards unterstützt.[137]

Die Regierung Howard hat diese Schwierigkeiten eingeräumt und will mit neuen Initiativen reagieren. Verteidigungsminister Nelson wird vermutlich noch in diesem Jahr ein milliardenschweres Programm zur Anwerbung neuer Rekruten auf den Weg bringen. (In den vergangenen sechs Jahren ist der Werbeetat für diesen Bereich um die Hälfte reduziert worden.). Experten halten es jedoch für unumgänglich, dass weitere Anreize wie bessere Bezahlung und schnellere Aufstiegsmöglichkeiten geschaffen werden.[138]

136 Vgl. James Grubel, »Asia's ›Security Guardian‹ Australia Stretches Troops«, in: *Defense News* (online), 3.8.2006; Mark Thomson, *The Cost of Defence: ASPI Defence Budget Brief 2006–07*, Barton ACT: Australian Strategic Policy Institute, Mai 2006, S. viii.
137 Vgl. Mark Dodd, »Army to Reduce E[ast] Timor Troops«, in: *The Australian* (online), 28.8.2006.
138 Vgl. Patrick Walters, »Attract is the Best Form of Defence«, in: *The Australian* (online), 26.8.2006.

Australien als strategischer Partner Europas?

Wie das neue Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik richtig feststellt, wird sich die deutsche und europäische Politik im Zuge des strukturbildenden Prozesses der Globalisierung von Sicherheit[139] vermehrt mit Risiken und Gefährdungen befassen müssen, die außerhalb der eigenen geographischen Grenzen auftreten, jedoch unmittelbare Auswirkungen auf die eigene Sicherheit haben können. In diesem Zusammenhang, so das Weißbuch, werde der asiatisch-pazifische Raum an Bedeutung gewinnen, weshalb die Beziehungen zu den Schlüsselstaaten der Region vertieft werden sollten. Australien wird explizit zu den Staaten gezählt, mit denen der sicherheitspolitische Dialog fortgeführt werden soll.[140] Inwieweit ergeben sich aus deutscher und europäischer Perspektive Ansatzpunkte für eine verstärkte sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Canberra?

Divergenzen und Konvergenzen

Auf den ersten Blick ist die Schnittmenge zwischen deutscher/europäischer und australischer Sicherheitspolitik relativ groß. Beide Seiten sind von demokratischen Normen und Werten geprägt, beide haben eine ähnliche Bedrohungswahrnehmung und sehen im internationalen Terrorismus und in der Weiterverbreitung von ABC-Waffen inklusive ihrer Trägersysteme die größte Gefahr für ihre Sicherheit.[141]

Allerdings hat sich Australien unter John Howard stärker als Deutschland und die EU an amerikanischen und britischen sicherheits- und ordnungspolitischen Vorstellungen orientiert und dementsprechend seine Beziehungen zu diesen Ländern intensiviert.[142] Die große Skepsis gegenüber den VN als Garant sicherheitspolitischer Ordnung, die Tendenz, stattdessen einer »Koalition der Willigen« den Vorzug zu geben, sowie die Befürwortung eines präventiven militärischen Vorgehens gegen die neuen Bedrohungen werden in der EU nicht unbedingt geteilt. Mit anderen Worten: Australische Sicherheitspolitiker nehmen in erster Linie auf die angelsächsische Welt Bezug, wenn sie sich als Teil des Westens bezeichnen. In einigen strittigen sicherheitspolitischen Fragen ist das außen- und sicherheitspolitische Grundgerüst der australischen Regierung daher mit dem der Bundesrepublik nur bedingt kompatibel.

Außerdem werden beide Seiten trotz des Trends zu globalisierter Sicherheit weiterhin unterschiedliche Schwerpunkte im Hinblick auf ihr regionales sicherheitspolitisches Engagement setzen. Während für Deutschland und die EU vornehmlich der Balkan, Afrika, der Mittlere und Nahe Osten sowie der Kaukasus von Interesse sind, spielen für Australien der Südpazifik und Südostasien die Hauptrolle. Mit anderen Worten: Trotz der Globalisierung von Sicherheit ist die geographische Nähe (oder Distanz) zu Krisenherden nach wie vor ausschlaggebend für das jeweilige sicherheitspolitische Engagement, zumal wenn die Akteure nicht über die erforderlichen Ressourcen für eine globale Sicherheits- und Verteidigungspolitik verfügen. Die EU und Deutschland sind noch weit davon entfernt, ein strategischer Akteur in Südostasien zu werden, auch wenn das deutsche Interesse beispielsweise an sicheren Seerouten in der Region aus wirtschaftlichen Erwägungen wächst.

Begreift man die Globalisierung von Sicherheit jedoch als langfristige, evolutionäre Entwicklung, ergeben sich durchaus Potentiale für eine pragmatische Zusammenarbeit zwischen Australien und der EU bzw. Deutschland. Es ist vorstellbar, dass die EU wie nach der Flutwelle in Südostasien 2004 im Rahmen einer humanitären Intervention und Katastrophenhilfe militärisch aktiv werden möchte. Zu diesem Zweck sind militärische Kooperationen im Vorfeld

139 Siehe dazu Norrin M. Ripsman/T. V. Paul, Globalization and the National Security State: A Framework for Analysis, in: *International Studies Review*, 7 (Juni 2005) 2, S. 199–227.

140 Vgl. Bundesministerium der Verteidigung, *Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr*, Berlin, Oktober 2006, S. 60.

141 Vgl. *Europäische Sicherheitsstrategie, Ein sicheres Europa in einer besseren Welt*, Brüssel 2003, <www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf>; *Joint Press Point with NATO Secretary General, Jaap de Hoop Scheffer, and Mr. Alexander Downer, Minister of Foreign Affairs of Australia*, NATO HQ, 19.5.2004, <www.nato.int/docu/speech/2004/s040519a.htm>.

142 Vgl. Greg Sheridan, »Closer Ties with Britain Make Sense«, in: *The Australian* (online), 30.3.2006.

solcher Einsätze sinnvoll, um eine effektive Abstimmung und Kooperation sicherzustellen. Australien mit seinem dichten Netzwerk an bilateralen Sicherheits- und Verteidigungskooperationen in der Region ist dafür gleichsam ein natürlicher Partner, zumal das Land in einem solchen Fall vermutlich ebenfalls militärisch präsent wäre.

Folglich wäre eine pragmatische Vertiefung der deutsch-australischen Militärbeziehungen etwa in Form routinemäßiger Treffen auf der Arbeitsebene der Verteidigungsministerien anzustreben. Dafür spricht auch die Aussicht, dass deutsche und europäische Streitkräfte wie im Falle Afghanistans gemeinsam mit Australien an weiteren globalen Operationen teilnehmen. Eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Australien und der NATO wird daher derzeit ebenfalls diskutiert.

Australien und die NATO

In der NATO-Debatte über eine globalere Ausrichtung des Bündnisses gilt Australien als einer der Hauptkandidaten für eine intensivere Zusammenarbeit.[143] Australiens Außenminister Downer hat seinerseits den Wunsch Canberras nach einer engeren Bindung an die NATO geäußert und in diesem Zusammenhang ein stärkeres sicherheitspolitisches Engagement der Europäer im pazifischen Raum gefordert.[144] Aus australischer Sicht gibt es gemeinsame Gefährdungen durch Terrorismus, Weiterverbreitung von ABC-Waffen und gescheiterte Staaten.[145]

Aus Perspektive der NATO ist eine Verbesserung der Beziehungen zu Australien zweifelsohne wünschenswert. Die Nordatlantische Allianz wandelt sich von einem eurozentrischen zu einem global agierenden Bündnis, in dem ein funktionales und nicht mehr wie zuvor geographisches Sicherheitsverständnis vorherrscht und das sich folglich weltweit um neue Partner bemühen muss.[146] Synergien können dabei gerade mit jenen Staaten erzielt werden, die zum außereuropäischen Teil der westlichen Sicherheitsgemeinschaft gehören. Sie teilen nicht nur die Werte und Normen, sondern verfügen zumeist auch über ähnlich gelagerte strategische Interessen und die notwendigen sicherheits- und verteidigungspolitischen Ressourcen. Sie können daher die Glaubwürdigkeit von NATO-Operationen erhöhen und zudem durch Bereitstellung von Truppen zur Entlastung der bündniseigenen Streitkräfte beitragen. Das neue Weißbuch der Bundesregierung stützt diese Sichtweise.[147]

Unstrittig ist in der Allianz aber auch, dass mit gemeinsamen Einsätzen wie in Afghanistan die Notwendigkeit wächst, neuen globalen Partnern wie Australien ein größeres Mitbestimmungsrecht über die Einsätze einzuräumen beziehungsweise neue institutionelle Strukturen für eine nuanciertere Abstimmung zu schaffen. Ad-hoc-Lösungen sind hierzu nicht mehr ausreichend.[148]

Divergenzen bestehen indes über die Reichweite der Kooperation. Einige amerikanische Sicherheitsexperten fordern, gleichgesinnten, demokratischen Staaten wie Australien die Option einer NATO-Mitgliedschaft zu eröffnen.[149] Dagegen sind die gegenwärtig in der Allianz debattierten Vorschläge für das Konzept globaler Partnerschaften weit weniger ambitioniert. Insbesondere auf Initiative der USA und Großbritanniens steht zum einen die Schaffung eines neuen politischen Gremiums (Security Provider Forum) zur Diskussion. Zum anderen wird über flexible, themenspezifische Treffen individueller Partnerstaaten mit dem Nordatlantikrat (North Atlantic Council, NAC) im sogenannten »NAC + N«-Format nachgedacht.[150]

Pragmatische Kooperation

Im Falle Australiens spricht vieles dafür, die Zusammenarbeit zumindest mittelfristig vorrangig auf der Ebene der praktischen militärischen Kooperation auszubauen. Neue politische Gremien wie ein Security Provider Forum werden vermutlich aufgrund des

143 Vgl. *Speech by NATO Secretary General, Jaap de Hoop Scheffer, At the Australian Defence College, Canberra*, 1.4.2005, <www.nato.int/docu/speech/2005/s050401b.htm>.
144 Vgl. »Australien will engere Bindungen an die NATO. Downer fordert mehr Engagement der EU im pazifischen Raum«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20.2.2006, S. 6.
145 Vgl. *Joint Press Point* [wie Fn. 141].
146 Vgl. Michael Rühle, »Wachsende Aufgabenlast der NATO; Vor einer Grundsatzdebatte über die Rolle im Krisenmanagement?«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 12.5.2006, S. 4.
147 Vgl. Bundesministerium der Verteidigung, *Weißbuch 2006* [wie Fn. 140], S. 32.
148 Vgl. Daniel Dombey, »NATO Plans Stronger Military Ties Worldwide«, in: *Financial Times*, 2.4.2006.
149 Vgl. Ivo Daalder/James Goldgeier, »Global NATO«, in: *Foreign Affairs*, 85 (September/Oktober 2006) 5, S. 105–114.
150 Vgl. Karl-Heinz Kamp, *»Global Partnership«: Ein neuer Streitpunkt der NATO?*, Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), Mai 2006 (KAS-Analysen Nr. 29).

Widerstands einer Reihe europäischer NATO-Staaten auf absehbare Zeit nicht ins Leben gerufen. Hinzu kommt, dass in der derzeitigen transatlantischen Debatte über eine globale NATO wenig nach den Interessenslagen der möglichen Kandidaten gefragt wird.

Für Australien dürfte beispielsweise eine zu enge Bindung an die NATO angesichts der zu erwartenden Verpflichtungen gegenwärtig noch wenig attraktiv sein. Die eigenen Ressourcen sind begrenzt, die australischen Streitkräfte relativ klein und durch die hohe Einsatzbelastung an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Nicht umsonst weigerte sich die australische Regierung, den Einsatz der Spezialstreitkräfte in Afghanistan über den September 2006 hinaus zu verlängern, und ihre Kritik an der Art der Beteiligung einiger europäischer Staaten an der ISAF-Mission deutet in dieselbe Richtung.[151] Gleichwohl stellt sich Canberra auf ein langfristiges Engagement bei friedensstabilisierenden NATO-Operationen ein.[152]

Die westlichen Verbündeten werden davon ausgehen können, dass Australien für internationale Koalitionsoperationen vorrangig militärische Nischenfähigkeiten wie Spezialstreitkräfte, konventionelle U-Boote oder hochleistungsfähige luftgestützte Frühwarnsysteme bei begrenztem Personaleinsatz bereitstellen wird. Darauf lassen Dokumente des Verteidigungsministeriums ebenso schließen wie jüngste Äußerungen von Premierminister Howard.[153] Die Qualität der australischen Streitkräfte wird durch den initiierten Transformationsprozess in den kommenden Jahren allerdings noch deutlich gesteigert werden und für internationale Kooperationspartner wie die NATO noch an Attraktivität gewinnen.

Da Australien bei aller globaler Ausrichtung den Schwerpunkt seines militärischen Engagements in der Region sieht, wird Canberra auf eine starke politische Annäherung an das Bündnis so lange verzichten, solange die NATO im asiatisch-pazifischen Raum keine entschiedeneren sicherheitspolitischen Anstrengungen erkennen lässt.

Folglich wird sich Canberra im Rahmen der globalen NATO-Partnerschaften eher auf das flexible NAC + N-Format einlassen. Ein erstes Treffen mit dem Nordatlantikrat fand bereits im Mai 2004 statt.[154] Beim ersten Besuch von NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer in Australien Anfang April 2005 unterzeichneten beide Seiten dann ein Abkommen zum Austausch von militärischen Geheiminformationen.[155]

Dies ist für die NATO von Vorteil, da Australien über ein für eine Mittelmacht außergewöhnlich hoch entwickeltes militärisches Nachrichtenwesen verfügt. Außerdem wurde ein australischer Verteidigungsattaché in Brüssel eingesetzt, um die wachsende militärische Kooperation zwischen der Allianz und den australischen Streitkräften zu unterstützen. Ende September 2006 traf Außenminister Downer sich ein zweites Mal mit dem NAC und bekräftigte Canberras Position, der Schwerpunkt der Beziehungen liege auf der praktischen militärischen Zusammenarbeit. Dies scheint auch die Zielvorstellung des NATO-Generalsekretärs zu sein.[156]

151 Vgl. »Howard Refuses to Extend SAS Deployment«, in: *The Australian* (online), 26.9.2006; Nick Butterly/Sandra O'Malley, »Australia Asks NATO for More Troops«, in: *The Australian* (online), 26.9.2006.

152 Vgl. Mark Dodd, »It May Take 10 Years, but Afghan War ›Winnable‹«, in: *The Australian* (online), 28.9.2006.

153 Vgl. Australian Ministry of Defence, *Defence Update 2003* [wie Fn. 67], S. 23–24; Mark Dodd, »PM to Unveil ›Significant‹ Boost to Army« [wie Fn. 114].

154 Vgl. *Joint Press Point* [wie Fn. 141].

155 »NATO/Australia: NATO Secretary General Signs Military Cooperation Agreement with Australia Before Travelling to Japan«, in: *Atlantic News*, 5.4.2005, S. 1.

156 Vgl. *Opening Statements by NATO Secretary General, Jaap de Hoop Scheffer and the Honourable Alexander Downer, Minister of Foreign Affairs of Australia at the meeting of the North Atlantic Council*, NATO HQ 25.9.2006, <www.nato.int/docu/speech/-2006/s060925a.htm>; NATO Update, *NATO and Australia Look to Closer Cooperation*, 25.9.2006, <www.nato.int/docu/update/2006/09-september/e0925b.htm>.

Abkürzungen

AAP	Australian Associated Press
ADF	Australian Defence Force
AEW&C	Airborne Early Warning & Control
AMS	Agreement on Mutual Security
ANZAC	Australia and New Zealand Army Corps
ANZUS	Australia, New Zealand, United States (Treaty)
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
AUSMIN	Australia-United States Ministerial (Consultation)
BFA	Battlefield Airlifter
CSI	Container Security Initiative
EAS	East Asian Summit
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FPDA	Five Powers Defence Arrangements
HNA	Hardened and Networked Army
IDG	International Deployment Group
JASSM	Joint Air-To-Surface Standoff Missile
JSF	Joint Strike Fighter
LHD	Landing Helicopter Dock
LPA	Landing Platform Amphibious
MOLE	Maneuver Operations in the Littoral Environment
NAC + N	North Atlantic Council (meeting) with non-NATO contributors
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
PSI	Proliferation Security Initiative
RAAF	Royal Australian Air Force
RAN	Royal Australian Navy
SAS	Special Air Service
SLOC	Sea Lines of Communication
SOFA	Status of Forces Agreement
UAV	Unmanned Aerial Vehicle